

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6. Sonnabend, den 8. Februar 1908. 12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: An die Vertrauensleute. — Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Tarifverträge II. — Die Gefährlichkeit der einzelnen Industriezweige. — Die Demokratie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. — Wie Anklagen gegen Ausgesperrte entstehen. — Von der Bergstraße und dem Obenwald. — Bericht von der Konferenz des 7. Gaues. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Kandidatenliste. — Rundschau. — An die Steinarbeiterverbände. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Adressenänderungen. — Quittungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Einiges aus der Geschichte der Krisen. — Wie die Klagen der Bauarbeiter geprüft werden. — Bericht von der Konferenz des 10. und 11. Gaues. — Zur Erwerbslosenunterstützung. — Korrespondenzen.

An die Vertrauensleute.

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei der Streikbeschlüßung zuvor die Zustimmung des Zentralverbandes eingeholt werden muß. Geschieht dies nicht, so werden aus der Zentralkasse keine Unterstüßungen geleistet. Planlos inszenierte Streiks gehen meist verloren, und in der Zeit, wo die Unternehmer über festgefügte Organisationen verfügen, da muß vor Beginn des Angriffes alles wohl erwogen werden.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Limbricht bei Beuel; Die Firma Lürges. Weissen: Die Firma Köhler. Erfurt: Walter u. Hartmann. Jena: Firma Konradus. Wittenberg a. Elbe: Firmen Koblhardt, Kraß und Balz.

Sangesingen. Bei den Tarifverhandlungen erzielten die Kollegen jedoch einen Zuschlag von 5 Prozent auf den Gesamtlohn.

Bede. Die Steinbrüche der Gummerbacher Grauwacken-Gesellschaft zu Bede und Frömmersbach im Rheinland sind gesperrt.

Musen. Wegen Maßregelung der hiesigen Steinmehlen ist der Zugang streng fernzuhalten. Die Firma Wellhausen sucht Steinmehlen im Deutschen Arbeitsmarkt. Einheimische werden dagegen nicht eingeführt. Die Firma versucht auch italienische Kollegen anzuwerben.

Rönigsutter. Der Streik dauert unverändert fort.

Rönigsbrück. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten. Die Tarifverhandlungen sind im Gange.

Stantenburg a. S. Von der Firma Bed wurden die Steinmehlen entlassen, weil sie Arbeiten unter Tarif nicht anfertigen wollten. — Die vom Gauleiter Biewig angeknüpften Verhandlungen verliefen resultatlos.

Seebergen. Bei der Firma Walther und Hartmann haben die Kollegen die Arbeit eingestellt.

Wildemann. Die Firma Siecheim ist gesperrt. Wahrscheinlich werden italienische Steinarbeiter herangezogen. Wir bitten, daß die italienischen Kollegen auf vorstehende Notiz aufmerksam gemacht werden.

Seppenheim-Rirschhausen. Nach abermaliger Verhandlung zogen die Unternehmer die Kündigung zurück. Warum war jetzt auf einmal kein Arbeitsmangel mehr vorhanden? Die Unternehmer hatten mit der vollführten Massenkündigung einen glatten Tarifbruch begangen, diese Tatsache steht unwiderleglich fest.

Serford. Der Kirchenneubau, ausgeführt durch A. Lübecke ist gesperrt.

Tarifverträge.

II.

Erst in der verfloßenen Woche wurde im Reichstage sehr viel über Tarifverträge gesprochen. Auch die bürgerlichen Abgeordneten mußten eingestehen, daß der korporative Arbeitsvertrag sich ungeheurer Bahn brach, natürlich verständig weigern sie, daß daran in erster Linie die machtvolle Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften Anteil hat.

In der Ära der kapitalistischen Entwicklung kann alles Sträuben in Unternehmerräumen gegen tarifliche Vereinbarungen auf die Dauer nicht standhalten.

Ganz richtig sagt Fanny Smlé: „Auf dem Wege von der zünftigen Lohnfrage zum modernen Korporativvertrag mußte der Tarifgedanke eine innere Läuterung erfahren. Die patriarchalische Bevormundung, welche den Gesellen als gewerblich unmündigen künftigen Zunftgenossen behandelte, wurde in dem Maße als unparitätisch empfunden, in welchem der Gesellenstand proletarisiert wurde. Die zünftige Lohnfrage war von da ab kein elterliches Gebot mehr, sondern eine einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen für dauernd abhängige Arbeiter. Die Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse wurde so zur logischen Konsequenz der Gewerbeentwicklung, und es bedurfte nur der

Proklamierung der Gewerbefreiheit und des freien Arbeitsvertrages, um dem dahin zielenden Gesellenkampf System zu verleihen und ihn in legitime Bahnen zu bringen.“

Wurde so das Drängen nach möglichster Umgestaltung des autokratischen Regimes in Gewerbe und Fabrik zu einer konstitutionellen Form immer stärker, so ist es erklärlich, daß auch die Unternehmerschaft allmählich ihren obliegenden Standpunkt zu ändern gezwungen war. Die vielfachen Streitigkeiten und Konflikte, die sich um Spezialfragen des Arbeitsvertrages drehten, mußten schließlich doch der Erwägung auch in dem verbohrtesten Unternehmern Gehirn Raum lassen, ob es nicht besser und im eigenen Interesse praktischer gehandelt sei, im Wege eines gegenseitigen Einverständnisses verlustbringenden Streiks vorzubeugen, statt sich immer nur auf den unter solchen Umständen etwas kostspieligen Herrenstandpunkt zu verlegen.

So ist glücklicherweise die alte Feindschaft gegen den korporativen Arbeitsvertrag auch in Unternehmerräumen seltener geworden, und die neueste Zeit hat denn auch recht ansehnliche Fortschritte in dieser Hinsicht gebracht. Die Stimmen aus den Kreisen von beruflichen Unternehmerräumen haben sich daher auch bedeutend vermehrt, die der kollektiven Vertragsschließung als im beiderseitigen Interesse liegend das Wort reden. Denselben Umchwung in der Meinung bekunden vielfache Neuherungen aus Verichten amtlicher Körperschaften, wie z. B. Handelskammern und Gewerbeinspektoren, die zunächst auf ihre Wahrnehmungen hinweisend, eine friedlichere Entwicklung der sozialen Verhältnisse von dem kollektiven Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erwarten.

Für besonders ängstliche Gemüter könnte es scheinen, als läge in dem immer tiefer greifenden Gedanken des Tarifabkommens eine gewisse Gefahr für die Gewerkschaften. Man verweist nämlich auf eine nicht wegzuleugnende Interessensolidarität, die sich dabei für Arbeitnehmer und Arbeitgeber herausgestellt hat. Während nämlich der Tarifvertrag auf der einen Seite eine gewisse Stabilität in den Arbeitsbedingungen für den Arbeiter zur Folge hat, so führt er auf der anderen Seite für den Unternehmer zugleich die Gefahr der Konkurrenz aus dem Wege, und verleiht zugleich die Möglichkeit zu einem sichereren Kalkül in bezug auf die Preisfestsetzungen, an denen schließlich auch die Arbeiter mit ihrem Lohneinkommen interessiert sind. Diesen Gedanken spricht Schmeltzer in seinem Buche: „Tarifgemeinschaften in ihrer wirtschaftlich sozialpolitischen und juristischen Bedeutung“ klar aus, indem er sagt:

„Die Tarifisierung der Arbeitsbedingungen kommt in jedem Falle auf eine Stabilisierung derselben hinaus, den schriftlich zwischen großen Gruppen nach meist gründlichen Verhandlungen und Aussprachen fixierten Bedingungen haftet eine Stetigkeit an, die naturgemäß bei den mehr oder weniger voneinander abweichenden Einzelfestsetzungen nicht erreicht wird. Den Arbeitern kommt diese Stabilität zugute, indem sie ihnen eine gleichmäßigere, geregeltere Lebenshaltung ermöglicht und sie weniger den sonst schon in dem Wechsel der Arbeitsstellen bedingten Änderungen aussetzt. Für den Arbeitgeber aber bedeuten stabile Arbeitsbedingungen eine gesicherte, ruhige und ungestörte Fortführung der Produktion, die bei den schon geschilderten neuzeitlichen Wirtschaftsverhältnissen sehr hoch anzuschlagen ist. Die durch die Tarifgemeinschaft gebotenen Garantien, die Gemeinsamkeit der Festsetzungen, der Ausführung und Ueberwachung eines Tarifs kann auch die Produktionsfähigkeit heben, insofern, als dadurch das Interesse auch der Arbeiter im Betrieb geweckt und gehoben, die Lust und Liebe zur Arbeit, der Stolz auf eine gute Arbeit wachgerufen wird.“

Man braucht mit Herrn Schmeltzer gewiß noch keine Lobgesänge auf die Interessengemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern zu dichten, wie das so ziemlich im Schlußstadium der zitierten Ausführungen geschieht. Andererseits aber wäre es ebenso übertriebene Angstlichkeit, deshalb eine Gefahr für den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaftspolitik darin zu sehen, weil das tarifliche Ueberkommen insbesondere auf einer langfristigen Grundlage, stetige Verhältnisse für beide Teile schafft. Die Frage ist hier vor allem, in welcher Art der Tarifvertrag die Lebenshaltung der Arbeiter und insbesondere aber die Stärke und Kampffähigkeit ihrer Berufsorganisationen zu beeinflussen geeignet ist. In dieser Hinsicht aber lehrt uns alle Erfahrung deutlich, daß nichts so sehr die Widerstandskraft des einzelnen Arbeiters aufreißt, als die stetige Unsicherheit seines Lohnes und seiner Arbeitsbedingungen, die, von plötzlichen hereinbrechenden Krisen abgesehen, auch noch von allen möglichen anderen Faktoren bedroht werden können. Der ständige Kleinkrieg, den gegen alle diese Wechselfälle die Gewerkschaften in immer wiederkehrende Streiks führen oder zumindest geführt haben, ehe die Idee des korporativen Arbeitsvertrages siegreich vorgezungen war, hindert aber schließlich die Berufsorganisationen selbst an einer Entfaltung der richtigen Macht, die immer wieder zerrieben und zersplittert werden muß, ohne daß oft ein richtiger Erfolg der Preis des Nixens ist. Die Zeit der Ruhe, die ein Tarifübereinkommen in einem Gewerbe schafft, bedeutet daher durchaus nicht eine Ruhe für die Gewerkschaften, gegen die man vor einiger Zeit von einzelnen Gewerkschaften glaubte zu Felde ziehen zu müssen. Ruhe ist nicht gleichbedeutend mit Trägheit und Lässigkeit; sie ist ein

natürlicher Zustand des Sicherholens und Kräfteansammelns zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen.

Wer daher meinen sollte, der Tarifvertrag sei ein absolutes Mittel, den Streit zu verhüten, der wird freilich nicht auf seine Rechnung kommen. Die Zahl der Streiks, ihre in kurzen Fristen auftretende Wiederholung wird naturgemäß durch das paritätische Ueberkommen verringert, was uns die Erfahrung nicht nur in der englischen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch die letzte Zeit im Deutschen Reich deutlich gezeigt hat. Hierbei wird nun freilich zunächst erreicht, daß die Gewerkschaft einer bestimmten Branche Zeit und Ruhe zur Entwicklung und zu einem tiefgreifenden Ausbau gewinnt, um dann, wenn es wirklich einmal zum Kampfe kommt, um so gerüsteter und schlagfertiger dem Gegner gegenüberzutreten zu können. Denn darüber, daß heftige Kämpfe den Gewerkschaften auch im Zeitalter der Tarifverträge bevorstehen, hat man sich wohl nicht zu täuschen. Kommt es gerade hier einmal wegen tiefeinschneidenden Fragen, über die man sich auf friedlichem Wege nicht zu einigen vermocht hat, zum Kampfe, dann wird dieser um so hartnäckiger geführt werden müssen, und auf beiden Seiten der Kämpfenden spitzt sich die Frage zuweilen auf eine Kraftprobe zu.

Nun hat auch Ed. Bernstein auf Grund gesammelter Ziffern und Daten in seiner Schrift *Der Streik* nachgewiesen, daß der langfristige Tarifvertrag, das mit ungünstigen Geschäftskonjunkturen verbundene Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter verhindert, zumindest die jahre-tretende Wirkung abschwächt. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß der Arbeiter sowohl als einzelner, als auch in seiner organisatorischen Gesamtheit die Kräfte zu großen und weittragenden Aktionen sparen kann, statt sie immer wieder in kleinen Gefechten zu verbrauchen.

Robert Schmidt hat kürzlich in einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte auf einen dieser bedenklichen Umstände hingewiesen, indem er die Formel von der gleitenden Lohnskala erwähnte. Es ist das eine Einrichtung der englischen Gewerkschaften, die darin gipfelt, daß beim Tarifvertrage die Preiskonvention der Unternehmer mit eingeschlossen wird, so daß der Lohn des Arbeiters von den erzielten Warenpreisen abhängig gemacht wird. Daß eine solche Bestimmung für die Arbeiter verhängnisvoll werden kann, braucht nicht erst gesagt zu werden. Sicher ist heute wohl eines: die Idee der kollektiven Vertragsschließung ist die einzige Möglichkeit, die Autokratie eines selbstherrlichen Unternehmertums zu brechen und dem wirtschaftlichen Konstitutionalismus, der neben der politischen Demokratie unerlässlich ist, die Bahnen zu ebnen. Dazu bedarf es vor allem starker und zielbewußt geleiteter Gewerkschaften, in denen man den Wert des Kollektivvertrages erkennt, aber auch nie darüber vergißt, daß er den Massengegensatz mit seinen sich immer wiederholenden Kämpfen nicht aus der Welt zu bannen vermag.

Die Gefährlichkeit der einzelnen Industriezweige

erhält aus den von den Berufsgenossenschaften veröffentlichten Nachweisen über die vorgekommenen Unfälle und ihre Folgen. Nach den sechsen erzielten Nachweisungen zur 1906 kamen in diesem Jahr 4 Unfällepflichtige (d. h. nach 13 Wochen noch nicht geheilte) Unfälle auf 1000 Vollarbeiter (1 Vollarbeiter = 300 geleisteten Arbeitsstunden):

Berufsgruppen	Eberhaupt	Todesfälle			Vollarbeiter
		Zahl	Prozent	Arbeitsstunden	
Berufsgenossenschaft	9,48	0,72	0,08	4,01	4,67
Martne-u. H.eresverwaltung	4,41	0,19	0,12	1,75	2,35
Deffentliche Bauberriebe	7,25	0,72	0,18	2,89	3,46
Staatseend., Post, Telegraph	7,42	1,20	0,52	3,14	2,56
Staatliche Schifffahrt usw.	11,50	1,53	0,31	3,22	6,44
Wahl. Ausführungsstet d.	1,16	1,04	0,44	2,97	2,71

Der gefährlichste Beruf ist naturgemäß der Bergbau mit 15,7 entfähigungspflichtigen Unfällen auf 1000 Vollarbeiter, darunter 1,76 tödlichen; ihm folgt Lagerer und Zuhmosen mit 15,06 resp. 1,27. Bezüglich der Gefähr-

libertrifft die Binnenschifffahrt freilich noch diese Verurteilung; sie wies deren 2,91 pro Mille auf.

Neuzeit hoch sind die Ziffern auch in der Steinindustrie. Bezüglich der Unfallhäufigkeit marschiert diese an dritter Stelle. Diese Konstatierung ist sicherlich kein Lob für die Steinindustrie. Angesichts solcher Ergebnisse ist es verständlich, wenn die organisierten Steinarbeiter für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für eine bessere Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen eintreten.

Den geringsten Gefahren sind die Arbeiter in der Textilindustrie ausgesetzt, wo auf 1000 Vollarbeiter nur 3,07 Unfälle, davon 0,14 tödliche sich ereigneten, oder — wenn man die einzelnen Berufsgruppen zerlegt — die Tabakindustrie mit 0,56 entzündlichen Unfällen.

Hervorhebenswert ist der Unterschied zwischen der Unfallhäufigkeit in den privaten und den staatlichen Betrieben; erstere hatten im Durchschnitt 9,48 schwere Unfälle auf 1000 Vollarbeiter, letztere 7,16. Bei Vergleichung ähnlicher Betriebszweige tritt das noch mehr hervor. Während die private Binnenschifffahrt 14,11 Unfälle (dabon 2,91 tödliche) aufweist, sind es in der staatlichen Schifffahrt 11,5 (1,53). Das private Baugewerbe hatte 11,0 (0,97) Verletzte auf 1000 Vollarbeiter, das öffentliche nur 7,25 (0,72). Offenbar nimmt man es in den staatlichen Betrieben doch noch etwas gewissenhafter mit den Unfallverhütungsvorschriften; auch ist das Produktionstempo hier noch nicht in derselben Weise wie in den Privatbetrieben allein von der Sucht nach einem möglichst großen Profit diktiert.

Was die weiteren Unfallfolgen anlangt, so haben die gegebenen Zahlen keinen unbedingten Vergleichswert. Wie wir schon früher betonten, gestaltet sich die Praxis der Berufsgenossenschaften immer arbeiterfeindlicher, d. h. immer mehr auf eine Herabdrückung oder gar Entziehung der Rente gerichtet, während die Staatsbetriebe auch in dieser Kunst noch nicht so weit fortgeschritten sind. Daraus erklären sich auch solche auffallenden Unterschiede wie die zwischen privatem Fuhrwesen und staatlichen Eisenbahn- usw. Betrieben. Diese beiden Gruppen haben etwa den gleichen Prozentsatz tödlicher Unfälle (1,27 bzw. 1,20); dagegen verhält sich der Prozentsatz der eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit bedingenden Unfälle wie 0,08:0,52, ist also in den Staatsbetrieben 6 1/2 mal so groß.

Die Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung.

In den Sozialistischen Monatsheften veröffentlicht Genosse Winnig, der Redakteur des Grundsteins, einen sehr interessanten Artikel über obige Frage, die schon zu vielen heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Veranlassung gegeben hat.

Der Genosse weist eingangs darauf hin, daß jede Massenbewegung demokratisch sein muß; sie würde sonst nie die Teilnahme größerer Massen gewinnen. Dieser Demokratie bedürfen beide Arten der Arbeiterbewegung, die politische wie die gewerkschaftliche; denn beide arbeiten an der sozialen Veredelung der arbeitenden Klasse, beide haben die Aufgabe, aus Arbeitsautomaten denkende Menschen mit festen Zielen zu schaffen, die sich ihres Wertes und ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt sind.

Nachdem dann Genosse Winnig speziell für die Gewerkschaftsbewegung die absolute Notwendigkeit der Demokratie nachgewiesen hat, warnt er vor einer mißbräuchlichen Auslegung des Begriffs Demokratie.

„Bei dem massenhaften Zustrom“, sagt der Verfasser, „den die Gewerkschaften in den letzten Jahren hatten, konnte es scheinen, als sei das demokratische Prinzip in ihnen heute weniger wirksam. Es liegt aber in der Natur der Sache wie bei den Parteien, daß diese geistige Reife (Qualitätsverbesserung) nur langsam, langsam wenigstens für den augenblicklichen Beschauer, vordringen kann. Die Demokratie wirkt auch heute und bildet sich ihre Werkzeuge heran. Wie könnte es auch anders sein.“

Die ganze Verfassung der Gewerkschaften ist demokratisch; ihre gesetzgebenden Körperschaften (Generalversammlungen, Verbandstage) werden nach dem freiesten Wahlrecht gewählt; die Machtbefugnisse dieser Versammlungen erstrecken sich auf alle Gebiete der Organisationsstätigkeit. Trotzdem begangen wir häufig Klagen über die „Diktatur“ der Gewerkschaftsführer, die auf nichts anderes als eine mißverstandene Auffassung des demokratischen Prinzips zurückzuführen sind. Das demokratische Prinzip bedingt nicht die absolute Freiheit des Individuums — das wäre die Anarchie, die eine tatkräftige Organisation ausschließt — sondern Fügung in den Willen der Mehrheit. Die Demokratie ist die höchste sittliche Ordnung, die Ordnung der Freiheit, der Vernunft. Wie alles, so hat auch sie ihre primitiven, ihre entwickelten Stufen. Bei den ersten entscheidet die Gesamtheit über alle Angelegenheiten; sie werden mit der Entwicklung aus räumlichen und technischen Gründen unmöglich; an ihre Stelle tritt die entwickelte Demokratie, die ihren Ausdruck im Repräsentativsystem (Vertretungssystem) findet, aber immer die Möglichkeit des Appells an die Gesamtheit offen läßt. Das ist die Form der Demokratie, wie wir sie staatsrechtlich fordern und wie wir sie in unseren Organisationen üben. Sie sichert uns die eventuellen Vorteile des Prinzips und räumt die mechanischen Schwierigkeiten der unwürdigen Form aus dem Wege. Nur Kurzfristigkeit oder absichtliches Verfehlen kann daran etwas zu tun finden, und kein Gewerkschaftsführer wird es einfallen, darin eine Aenderung anzustreben.“

Winnig zeigt dann die Gefahren der abstrakten Demokratie bei Führung von Kämpfen, wo sehr oft Fehlschläge ihre Folge sind. Aber diese Fehlschläge steigern das Verantwortlichkeitsgefühl derer, die durch den falschen Gebrauch ihres Bestimmungsbereichs sich und der Gesamtheit nutzlose Opfer auferlegt haben. Sie wirken erzieherisch und drängen zur vorsichtigen Anwendung der Demokratie.

Die Nichtigkeit des hier Zitierten muß absolut anerkannt werden. Die Ueberspannung der Demokratie ist tatsächlich an vielen Fehlschlägen im gewerkschaftlichen Kampfe schuld gewesen. Bei so großen Massen, die heute im gewerkschaftlichen Kampfe zu bewegen sind, ist die Anwendung der abstrakten Demokratie eine absolute Unmöglichkeit. Aber die vernunftgemäß angeordnete Demokratie ist allerdings ein Kleinod der Arbeiterbewegung und muß und wird von ihr gehegt und gepflegt.

Wie Anklagen gegen Ausgesperrte entstehen.

Ein Streikprozeß wurde am 29. Januar wieder einmal vor dem Reichsgericht Schöffengericht verhandelt. Der Steinmetz Schälze sollte höfliche Arbeitswillige als „Streikbrecher“ und „gelbe Bande“ bezeichnet haben. Als Belastungszeugen traten die Arbeitswilligen Bildhauer Lode aus Großenhain, die Steinmetzen Frißke und Hanzel und der Steinbruchbesitzer Köhler auf. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Beleidigungen

datierten vom 16. September d. J. Köhler hatte an diesem Tage Beschäftigten der obigen am genannten Tage in den Betrieb eingetretenen Arbeitswilligen vermisst und deshalb vor Arbeitschluß polizeiliche Hilfe nachgesucht, die ihm bereitwillig gewährt wurde. Unter dem Schutze von Köhler und der Polizei wurden nun die Arbeitswilligen nach Feierabend nach ihren Wohnungen gebracht. Eine Anzahl der Ausgesperrten, die zunächst die Arbeitswilligen von ihrer unschönen Handlungsweise zu überzeugen versuchten, folgten dem Transport. Untermwegs schlossen sich auf der Fabrikstraße die aus der Leichterischen Fabrik kommenden Arbeiter an, so daß, wie gesagt wurde, mindestens hundert Mann auf den Beinen waren. Aus der Menge soll mehrfach der Ruf „Streikbrecher“ gefallen sein. In der Nähe des dortigen Hahnenganges will nun der Zeuge Lode den Angeklagten als Rufer der eingangs erwähnten Äußerungen ermittelt haben und erjuchte einen Schutzmann um Namensfeststellung. Auch Zeuge Köhler will es gesehen haben, daß Schälze gesprochen hat und erklärte: „Jawohl, der war es!“ Der Schutzmann notierte den Beschuldigten, trotzdem ihm sofort von mehreren Seiten gesagt wurde, daß hier ein Irrtum vorliege. Schälze erhielt einen Strafbefehl über drei Tage Haft, gegen den er Berufung einlegte, und so kam die Sache vor das Schöffengericht. In der Verhandlung wurde nun von fünf Entlastungszeugen dargetan, daß Schälze der Rufer gar nicht sein konnte. Die Darstellungen dieser Zeugen wichen von denen des Hauptbelastungszeugen Lode wesentlich ab. Nicht einmal die Aussagen von Köhler und Lode deckten sich. Lode selbst wurden in seinen Aussagen Widersprüche nachgewiesen. Trotz alledem blieb dieser Herr bis zuletzt bei seiner Aussage, Schälze sei direkt neben ihm gegangen, so daß er genau gesehen und gehört, wie Schälze die Worte gesprochen habe. Erst als vor der Zeugenvernehmung der Vorsitzende nochmals eindringlich auf die Folgen eines Meineids aufmerksam machte, trat Lode vor und erklärte, er könne seine Aussagen nicht voll aufrechterhalten; er gebe zu, daß ein Irrtum seinerseits möglich sei! Daraufhin erklärte selbst der Amtsanwalt, Anträge zur Verurteilung nicht stellen zu können. Nach kurzer Beratung folgte nun die Freisprechung des Beschuldigten, der vom Rechtsanwalt Giese-Dresden verteidigt wurde.

Der Prozeß ist wieder ein Schulbeispiel dafür, wie leicht Ausgesperrte zu Anklagen kommen können. Man merke: Köhler „vermuted“ Belästigungen, darauf kommt die Polizei. Der Schutzmann Nagel wird beauftragt, wie er im Prozeß selbst aussagte, hinter Köhler und den Arbeitswilligen zu gehen, um Belästigungen vorzubeugen. Er wird von Lode mit der Behauptung, Schälze habe ihn geschimpft, aufgefordert, diesen aufzuschreiben. Der Schutzmann kommt der Aufforderung nach, trotzdem er aus eigener Wahrnehmung nichts weiß! Und trotzdem ihm von anderer Seite sofort erklärt wird, daß hier ein Irrtum vorliege! Ein Wort eines Arbeitswilligen und der Streikende wandert eventuell ins Gefängnis.

Für uns hat sich in Reußen die Aussperrung nun erledigt. Es ist kein Kollege mehr zu unterstützen. Zugang ist natürlich fernzuhalten. Mit den vielen Prozessen hat Köhler sicherlich keine Lorbeeren eingeharnt.

Von der Bergstrasse und dem Odenwald.

Die Steinarbeiter der Zahlstellen Hemsbach, Heppenheim, Kirchhausen und Rimbach kündigten am 1. Dezember 1907 ihren verbesserungsbedürftigen Tarif und legten zugleich einen neuen, gut ausgearbeiteten vor. Da wurde es aber sehr lebendig unter den Herren Unternehmern, weil es die Arbeiter wagten, eine recht unbedeutende Mehrforderung an sie zu stellen. Es wurde der kleinste Meister aus der entlegensten Ecke des Odenwaldes hervorgeholt und von den beiden Großunternehmern herzlich empfangen, natürlich nur deshalb, um unsere Forderung zu unterdrücken und uns noch schlechtere Preise wie bisher anzubieten. Sie arbeiteten einen Gegen Tarif aus, der noch viel schlechter war als der am 1. März ablaufende. Auch hatten sie nicht vergessen, einen sogenannten Zuchthausparagrafen einzufügen, der pro veräumte Stunde eine Strafe von 20 Pf. aussprach. Hier haben die Kollegen oft stundenweit zur Arbeitsstätte zu gehen, da nimmt sich ein solcher Paragraf famos aus. Als es nun Ende Dezember zu Unterhandlungen kam, stießen wir auf harten Widerstand, denn nach unserm vorgelegten Tarif wollten diese Herren überhaupt nicht unterhandeln. Im uns einschüchtern zu können, schickten sie noch den Beschluß, 50 Proz. ihrer Arbeiter zu kündigen. Dieser Beschluß trat auch am 18. Januar in Kraft und wurden 110 Kollegen davon betroffen. Nun wurde es auch bei uns reger; in einer einberufenen Versammlung wurde verlangt, daß sämtliche Kollegen die Kündigung einreichen sollten. Kollege Staudinger, der in dieser stark besuchten Distriktsversammlung anwesend war, erklärte, daß davon Abstand genommen werden muß und die Unterhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. Dies geschah auch; am 25. Januar wurde der Tarif fertiggestellt, natürlich nicht nach unserer Vorlage; zugleich wurde die Kündigung zurückgenommen. Nun werden sich die kampfesfrohen Kollegen fragen, warum dieser Rückzug? Darauf muß erwidert werden, daß wir bei einem jetzigen Feldzug nur das Schicksal Napoleons, als er im Winter des Jahres 1812 nach Rußland zog, erleben haben würden. Kollegen, in Zukunft müßt ihr auch mit euren Versammlungsbeschlüssen etwas vorsichtiger sein; dieselben nicht gleich in die Öffentlichkeit hinauszuposaunen, daß es am andern Morgen die Spähen auf den Dächern pfeifen. Nur durch solche Leichtfertigkeiten ist es den Unternehmern möglich, euren Plan zu erfahren und euch dann bei einem Angriff gerüstet entgegenzutreten zu können. Darum, Kollegen, merkt es euch, wenn die Unternehmervespione an euch herantreten und euch die Zunge lösen wollen, daß ihr ihnen die richtige Antwort gebt, damit sie es nicht mehr wagen, bei euch Ausschweifungen vorzunehmen zu wollen. Die Odenwälder Kollegen werden es den Unternehmern niemals vergessen, daß sie einen so unerhörten Tarifbruch begingen. Die kleinen Meister haben uns das verdammenswerte Vorgehen der Großindustriellen auch rückhaltlos eingestanden. Was hätten wohl die Unternehmer gesagt, wenn unser Verband bei Beginn der Tarifverhandlungen die Order ausgegeben hätte, es müssen 50 Proz. von den Beschäftigten abreisen? Wie wäre da das Vorgehen der Steinarbeiter in allen Winkelblättern gebrandmarkt worden! Die schloße Taktik der Unternehmer hat hier ungemein böses Blut verursacht. Es wirkt geradezu komisch, wenn bei der vollenommenen Kündigung Arbeitsmangel vorgeschickt wurde, dann aber, als der neue Tarif so ziemlich durchberaten war, mußten sie zugeben, ja, jetzt wird die Kündigung wieder retourgezogen. Die Taktik der Unternehmer kann sich vielleicht noch bitter rächen. Die vollenommenen Maßnahmen sollten ja dazu dienen, in den Reihen unserer Kollegen Zwietracht zu säen. Mit dieser Meinung und Schläubergerei sind die Herren Leonhold und Müth natürlich an die falsche Adresse gekommen. Die Steinarbeiter an der Bergstrasse stehen treu zum Verband, das Klassenbewußtsein ist bei ihnen längst in Fleisch und Blut übergegangen. Wir wissen ja, daß insbesondere Herr Leonhold bemüht ist, seine Meinung den Kleinmeistern unter allen Umständen zu suggerieren, die gemeinsamen Verhandlungen am 25. Januar sollen das ja wiederum bestätigt haben. Würde Herr L. jemals praktischer Steinmetz, wie seine Herren Kollegen Mene, Drauer, Fischer usw., gewesen sein, seine Auslassungen würden oft anders lauten. Wenn uns die Unternehmer wieder in Kampfesstellung drängen, Kollegen, seid gerüstet. Auch hier gilt des Dichters Wort:

Einig, einig müßt ihr werden,
Gure Ketten fallen dann.
Als die stärkste Macht auf Erden
Brechet ihr des Glendes Bann. J. W. i. G. B.

Bericht von der Konferenz des 7. Gaues

Berort Köln.

Unsere diesjährige Gaukonferenz tagte am 26. und 27. Jan. in Düsseldorf. 31 Zahlstellen waren durch 23 Delegierte vertreten. Von der Zentralkommission war Kollege Starke anwesend. Als Vorsitzender wurde Kollege Lany-Düsseldorf und als Schriftführer Dunkel-Köln gewählt.

Schriftführer Dunkel-Köln den Bericht von der vorigen Konferenz, welche in Elberfeld stattfand.

Dann nahm Gauleiter Herrmann das Wort über die Agitation im Gau. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Im Gau sind 15 000 Steinarbeiter beschäftigt. Die Fluktuation sei noch immer eine große zu nennen. Während seiner Tätigkeit seien ungefähr 1900 Mann neu eingetreten und jetzt habe der Gau nur noch 1100 Mitglieder. Die fremdländischen Arbeiter seien sehr schwer zu gewinnen. Die Eifel sei noch zu sehr katholisch und dazu komme, daß dort großer Arbeitsmangel herrsche, weil der Eiselfandstein nicht mehr recht modern sei. Die christlich organisierten Kollegen habe er immer in Ruhe gelassen, da bei diesen doch die Erkenntnis, wohin sie gehören, später von selbst kommen muß. Mit der Mahener Vereinigung sei er, Herrmann, immer in Fühlung geblieben. Leider konnte die Vereinigung eingetretener Verhältnisse halber die Konferenz nicht beschicken. Unsere Kollegen, welche dort durchreisen und ihre Bücher in Ordnung haben, werden von der dortigen Vereinigung unterfützt. Neugegründet wurden Lüdenfeld, Dümplinghausen, Brohl, Lugenburg und Schüren bei Adlerbeck. Leider gingen verschiedene dieser Zahlstellen wieder verloren. Im verfloßenen Jahre wurden für 18 000 Mk. Marken verkauft. Dazu kommen noch für 1800 bis 2000 Mk. Extramarken. Die Zahlstellen, welche das Hilfskassierersystem eingeführt, haben sich am besten bemüht. Von den 31 Zahlstellen, welche im Gau vorhanden sind, haben bis zu 25 Proz. Mitglieder 5 Zahlstellen. Der Briefwechsel war folgender: 940 Briefe und Postkarten wurden verschickt. Agitationstouren wurden 220 unternommen. Die Kollegen Werner, Baher und Dunkel sind, wenn Gauleiter Herrmann zu sehr beschäftigt war, für ihn eingetreten.

In Punkt Streiks und Lohnbewegungen wurde der Düsseldorf Streik eingehend besprochen. Tenbusch-Düsseldorf, Marmorarbeiter, beklagt sich darüber, daß der Streik von der Zentrale jah (?) abgebrochen wurde, ebenso Baher-Bonn und Dunkel-Köln. Letzterer führte aus, daß die Meister schon eine Woche vorher wußten, daß die Zentrale kein Geld mehr schide. (Wer hat denn das ausgeplaudert? Seit wann ist es denn gebräuchlich, daß man taktische Maßnahmen der Verbandsleitung den Unternehmern kundgibt? Redaktion.)

Starke-Leipzig erklärt, die Zentrale habe in diesem Streik ihre volle Pflicht getan. Der Streik habe 13 Wochen gedauert und 10 000 Mark gekostet. Man müsse bedenken, daß in kurzer Zeit über 180 000 Mk. Streikunterstützung bezahlt wurden.

Ruhn-Köln steht auf dem Standpunkte, daß beim Düsseldorf Streik auf beiden Seiten Fehler gemacht wurden.

Herrmann legt klar, daß die Düsseldorf mit dem Erreichten zufrieden sein könnten.

Starke spricht dann über Agitation und gibt bekannt, daß im letzten Jahre die Kosten hierfür 36 000 Mk. ausmachten. Auch verkennt Redner nicht die Schwierigkeiten der Agitation unter den Steinarbeitern. Die Rassenbücher, welche er nachgesehen, wären in Ordnung.

Baher-Bonn schlägt vor, den Gau in mehrere Bezirke einzuteilen.

Nachdem mehrere Redner dafür und dagegen gesprochen, wird dieser Antrag abgelehnt.

Heck-Dortmund stellt den Antrag, in der Agitation mehr auf die Gefahren des Alkoholmißbrauchs hinzuweisen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zweiter Verhandlungstag.

Anträge der Zahlstellen zum Verbandstage. Krefeld stellt den Antrag, die Krankenunterstützung nicht mehr vom achten, sondern vom dritten Tage der Krankheit, und gleich nach 52 Wochenbeiträgen, einerlei ob Erwerbslosen- oder Beitragsmarken gezahlt sind, zu gewähren. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein weiterer Antrag der Zahlstelle Krefeld, wonach die Streikunterstützung in der 1. Klasse auf 15 Mk., in der 2. Klasse auf 12,50 Mk. und in der 3. Klasse auf 10 Mk. erhöht werden soll, wurde abgelehnt.

Die Zahlstelle Düsseldorf stellt den Antrag: Die Gaukommission wird ermächtigt, bei größeren Streiks oder Aussperrungen innerhalb des Gaues eine Extraposte auszuschreiben, welche durch Marken zu quittieren ist. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der Zahlstelle Düsseldorf, an den Verbandstag den Antrag zu stellen, die Wahlkreiseinteilung zu den Wahlen zum Verbandstage nach einem andern Modus vorzunehmen, wird ebenfalls abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstellen Herbede und Köln lautet: Der Verbandstag möge beschließen, daß, sobald auf der Interimskarte 52 Wochenbeiträge geleistet sind und ein Verbandsbuch mit der Bescheinigung über die gezahlten Beitragswochen ausgestellt ist, die Interimskarte an die Zentrale zwecks Kontrolle und Vernichtung einzusenden ist. Dieser Antrag wurde angenommen.

Köln I und II stellen den Antrag: Der Verbandstag möge durch einen Beschluß festlegen, welche Arbeitslosen- oder Krankentage in einer Woche vorhanden sein müssen, um eine Erwerbslosenmarke zu fleben.

Mehrere Anträge decken sich mit folgendem: Die einzelnen Zahlstellen sind verpflichtet, bei Tarifabschlüssen die Unternehmer zu verpflichten, das Werkzeug und Arbeitsmaterial zu stellen.

Zu Punkt 3, Bundesratsverordnung, referiert Kollege Herrmann. Er führte aus, daß dieselbe noch schlecht durchgeführt wird. Von den Pflastersteinarbeitern wird Klage darüber geführt, daß sie nicht unter die Bundesratsbedingungen fallen. Schutzbrillen werden den Leuten aufgezwingen. Wer diese bei der Arbeit nicht trägt, wird bestraft.

Starke meint, man solle einmal den Klageweg betreten, die Kosten würde die Zentrale tragen. Ebenso will Starke dafür eintreten, daß die Essener Kollegen ihre Auslagen bei der Agitation in Kupferdreh erhalten, und die Düsseldorf Marmorarbeiter das ihnen noch zustehende Geld.

Daß es auf dieser Gaukonferenz lebhaft zugeht, bewiesen die 156 Wortmeldungen. Zum Schluß wurde noch Dortmund bestimmt für die nächste Gaukonferenz. Nach einem kräftigen Schlussswort des Kollegen Herrmann, worin er die Kollegen ermahnte, ihre Pflicht auch weiter zu tun, wurde die Konferenz geschlossen.

Köln.

Anton Dunkel, Schriftführer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 21. Januar bis 8. Februar sind folgende Abrechnungen vom 4. Quartal eingegangen:

2. Gau: Godenau, Ober-Beilau. — 3. Gau: Dresden, Ebersbach, Häßlich, Löbau, Weifen I. — 4. Gau: Wittenberg, Dessau. — 5. Gau: Seeferg. — 6. Gau: Ebershausen, Hannover II, Hoof, Lüneburg, Reiffenhäuser, Wulsdorf. — 7. Gau: R. um, Bonn, Essen, Elberfeld, Müthen, Strochöbel. — 8. Gau: Morsfeld, Rheinheim, Sattelbach, Worms, Pringenberg. — 9. Gau: Gebweiler, Göttingen, Konstanz, Metz, Sulzern, Hagenau, Bühlertal. — 10. Gau: Bad Aibling. —

11. Gau: Nürnberg, Reichenhausen, Kofsbach, Treuchtlingen. —
12. Gau: München, Neuforg.
Die mit einem * versehenen Zahlstellen haben den Mitgliederbestand nicht angegeben.

Korrespondenzen

Alteiningen. Unsere Generalversammlung tagte am 26. Jan. in der Bahnhofrestauration Wager. Die Versammlung war vom Stamm der hiesigen Steinarbeiter besucht. An der Spitze natürlich fehlte die jetzige Vorstandschaft, welches sehr übel genommen wurde. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Heinrich Schumacher, 2. Philipp Doll, Kassierer und Schriftführer Heinrich Spuler, Beisitzer und Revisoren Joseph Kullmann und Peter Seel, Statistiker Valentin Aufschneider. Zum Verbandstag wurde Kollege Kofsbach aus Bad Dürkheim einstimmig vorgeschlagen. Es wurde beschlossen, daß der Kollege mit dem uns zur Verfügung stehenden Material versorgt werde, damit er folgenden Antrag richtig begründen kann: „Der Verbandstag wolle beschließen, daß der Zahlstelle Alteiningen und Umgegend die zu Unrecht vorerhaltene Maßregelungsunterstützung vom 105 Mk., welche die Zahlstelle ausbezahlt hat, wieder zurückgezahlt wird.“

Frankenberg. Mitgliederversammlung am Montag, den 20. Januar, im Stadtpark. Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung; 2. Wahl derselben; 3. Kartellbericht; 4. Wahl der Delegierten; 5. Verschiedenes. Den Jahresbericht gab der Kollege Lehmann. Derselbe wies darauf hin, daß in Zukunft die Mitglieder die Versammlungen besser besuchen sollten als bisher. Außerdem konnte er aber mit Befriedigung konstatieren, daß trotz der Zahlung der Extrabeiträge die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen sei. Kollege Raundorf gab alsdann den Kassierbericht für das 3. Quartal 07; der Kollege Köhler den der Lokalkasse. Beiden Kassierern wurde Entlastung erteilt. Alsdann gab Kollege Schiller den Kartellbericht, welcher mit Befriedigung entgegengenommen wurde. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: G. Lehmann als 1. Bevollmächtigter, Mag Köhler als 2. Bevollmächtigter, W. Weber als 3. Bevollmächtigter. Als Revisoren Frau Raden, R. Fischer und Joh. Fink. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden gewählt: Hermann Fischer, Joh. Fink, Lehner, Schiller, Gnaud und Racuvow. Unter Verschiedenes wurde ein Antrag Lehmann angenommen, welcher besagt, vierteljährlich eine Liste zirkulieren zu lassen zur Stärkung der Lokalkasse. Begründet wurde der Antrag damit, daß die monatlichen Beiträge nicht ausreichen zur Deduktion der Ausgaben der Lokalkasse. Ferner wurde beschlossen, unser diesjähriges Vergnügen Ende Februar oder Anfang März abzuhalten. Eine Kommission, welche das übrige zu besorgen hat, wurde gewählt. Das Vergnügen findet am 8. März im Schützenhaus statt.

Langenfalsa. In der am 28. Januar abgehaltenen Versammlung berichteten die Delegierten über den Verlauf der Gaukonferenz in Erfurt. Mit den Beschlüssen und Verhandlungen erklärte man sich einverstanden. Im weiteren wurde den Kollegen die letzte Lohnbewegung nochmals vor Augen geführt. Bekanntlich läuft unser jetzt bestehender Tarif erst am 1. April 1908 ab. Bei einer Verhandlung über Tarifirregularitäten am 17. Dezember 1907 im Beisein des Kollegen Walther vom Zentralvorstand ersuchte uns der Vertreter der Firma, da er größere Aufträge in Aussicht habe, unsere eventuell zu stellenden Änderungen zum Tarif der Firma Anfang Januar zu unterbreiten, damit er sich bei den Submissionen danach einrichten könne. Die Kommission erklärte sich hierzu bereit, mit der Bestimmung, daß die Verhandlungen erst nach Kündigung des Tarifs am 1. März beginnen sollten. Als aber die neue Vorlage in den Händen der Unternehmer war, verlangten sie, daß sofort in die Verhandlungen eingetreten werde. Als die Kollegen auf die mündlich gemachten Abmachungen aufmerksam machten, daß die Verhandlungen erst bei Kündigung des Tarifs beginnen sollten, erhielten sie zur Antwort: „Wir werden unsere Maßnahmen schon treffen.“ Sofort wurde ein Kollege wegen Arbeitsmangel und ungünstiger Witterungsverhältnisse (?) entlassen, um die Kollegen zu Verhandlungen zu zwingen. Um es aber nicht zum äußersten kommen zu lassen, erklärten sich die Kollegen bereit, versuchsweise in die Verhandlungen einzutreten. Es wurden einige Positionen abgeändert und auf den Gesamtarif 5 Prozent Zuschlag bewilligt. Die Kollegen erklärten sich mit den getroffenen Abmachungen einverstanden. Man sieht aus dem Angeführten, was auf mündliche Abmachungen seitens der Unternehmer zu geben ist. In Zukunft werden es sich die Kollegen erst reichlich überlegen, wie weit sie den Unternehmern mit ihren Spezialwünschen entgegenkommen werden. Zu welchen Mitteln die Unternehmer greifen, lehrt uns dieser Fall zur Genüge.

Löbau. Am 24. Jan. fand in der Tonhalle unsere Generalversammlung statt. Der Vertrauensmann Loofe gab den Jahresbericht. Er schilderte kurz die großen Kämpfe, welche der Steinarbeiterverband im Jahre 1907 mit Erfolg bestritten hat. Zu den Lohnbewegungen der Zahlstelle sei bemerkt, daß mit der Firma Schorf ein Lohnvertrag, welcher Verbesserungen brachte, für Steinmetzen und Schleifer abgeschlossen wurde. Ferner berichtete er, über die Kündigungsfrage von drei Kollegen, welche vor dem hiesigen Amtsgericht ausgetragen wurde. Dessenfallsige Versammlungen fanden vier statt, desgleichen 14 Besprechungen. Anfang Oktober wurden die Zahlstellen Löbau und Oppach vereinigt. Unsere Aufgabe ist es nun, die Organisation besser auszubauen. Dies möchte ganz besonders ein Teil der Oppacher Kollegen hehrzigen. Wenn in diesem Jahre jeder Kollege für den Ausbau der Zahlstelle sorgt, dann werden auch in der Zukunft bessere Zeiten erstehen. Die Mitgliederzahl beträgt in Löbau 133, Oppach 132. Hierauf verlas der Kassierer die Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahme vom 4. Quartal, inklusive Bestand von Löbau und Oppach, betrug 5134.82 Mk. Derselben steht eine Ausgabe von 2600.10 Mk. gegenüber, so daß ein Bestand von 2534.72 Mk. verbleibt. An Krankenunterstützung wurden im 4. Quartal 204.75 Mk. ausbezahlt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die Neuwahlen ergaben Wilhelm Loofe, Vorsitzender; Ernst Hölzel, Kassierer. Als Revisoren sind die Kollegen Wösch, Veier, Jakob und Schmiebs gewählt.

Mittelsteine. In der Villa Nova tagte am 20. Januar eine Diktiererversammlung, welche sich nur eines mäßigen Besuchs zu erfreuen hatte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Anträge zum Verbandstag, wurden nach lebhafter Diskussion folgende Anträge angenommen: 1. Infolge der mangelhaften Ausgestaltung der Kranken- sowie Reiseunterstützung beantragen wir die Einführung der Erwerbslosenunterstützung; 2. Sollte es unsern Delegierten nicht möglich sein, mit diesem zeitgemäßen Antrag durchzudringen, so wurde betreffs Reiseunterstützung folgender Antrag angenommen: Der Verbandstag möge die Unterstützung so festsetzen, daß die reisenden Kollegen auch in solchen Gegenden, in welchen die Zahlstellen weit auseinander liegen, auf die festgesetzte tägliche Reiseunterstützung kommen. Ferner wurde noch die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für Schlesien beantragt. Zum Schluß beantragte die Versammlung: Der Verbandstag möge die Kosten des Reichstagsbesuchs von Löbau noch nachträglich bewilligen. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, den hier bestehenden Tarif in hiesiger Sprache überlegen zu lassen und an jeden Platz ein geschriebenes Exemplar zu schicken. Zum Delegierten zur Gaukonferenz nach Striegau wurde für Mittelsteine Kollege Heinrich Nabe gewählt. Zum Verbandstag wurde Kollege Robert Nothe-Rüders einstimmig vorgeschlagen.

Raumburg. Unsere Generalversammlung, welche am 26. Jan. stattfand, lies an Besuch viel zu wünschen übrig. Fast sämtliche

Kollegen sind arbeitslos. Der Kassierer verliest die gut spezialisierte Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahme beträgt 374.85 Mk., die Ausgabe 216.12 Mk., bleibt ein Bestand von 158.73 Mk. Da die Kasse in bester Ordnung gefunden wurde, wird dem Kassierer auf Ersuchen der Revisoren Entlastung zuerkannt. Als Delegierter zur Gaukonferenz in Deucha wurde Kollege Klahr einstimmig gewählt. Die Versammlung faßt hierzu einige Resolutionen resp. Anträge betreffs Verbandstag. Das Ergebnis der Vorstandswahl ist folgendes: 1. Vorsitzender Albert Strobel, 2. Kurt Tröbst, Kassierer O. Klahr, Schriftführer Otto Rauchbach, Revisoren sind die Kollegen Franz Albrecht und Karl Böhögel. Zu Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des früheren Kollegen und Genossen Fritz Böhögel, welcher jetzt als Polier auf Klage Kottig in Freiburg funktioniert, einer derben Kritik unterworfen. Er war derjenige, welcher früher „Dauerreden“ hielt und ein „Hoch“ nach dem andern auf die „Solidarität“ und „Internationale Sozialdemokratie“ ausbrachte. Dieser fühlt sich nun als Polier und Unternehmervertreter als Beherrscher von ganz Freiburg. Wehe demjenigen, der widerspricht. Diese kurzen Worte mögen genügen, ihn in seinem „Polierdünkel“ etwas zu ermütern.

Ottenshöfen. Im Gasthaus zum Engel fand am 26. Januar eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Weindl erstattete Bericht von der Gaukonferenz. Indem jetzt die Einwanderung der italienischen Kollegen wieder arg stattfindet, wurde von den Anwesenden der Wunsch ausgedrückt, daß von der Gauleitung ein italienischer Referent in den Schwarzwald geschickt wird, hauptsächlich auch nach Triberg. Zum Verbandstag wurden folgende Anträge gestellt: 1. Der Verbandstag möge beschließen, die Krankenunterstützung vom 4. Tage ab ausbezahlen; bei einem Unfall schon vom 1. Tage ab. 2. Der Zahlstelle Kappelrodt ist ein Zuschuß von der Zentralleitung zu gewähren, indem sie mit den 20 Prozent nicht auskommt. 3. Die Zentralleitung soll in den Zahlstellen, wo noch keine Bibliotheken eingeführt sind, Zuschüsse leisten, um solche gründen zu können. 4. Der Verbandstag möge beschließen, daß der Zahlstelle Ottenshöfen von ihren Schulden an die Zentralleitung, welche von der früheren Verwaltung der Zahlstelle herrühren, 150 Mk. gestrichen werden. 5. Wenn Kollegen bei Streiks abreisen, so ist die Reiseunterstützung auf 10 Mk. zu erhöhen. 6. Solange ein verheirateter Kollege, welcher wegen Streiks abreist, arbeitslos ist, ist der zurückgebliebenen Familie die Hälfte der festgesetzten Streikunterstützung zu gewähren. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Weindl vorgeschlagen.

Strasbourg. Am 18. Januar tagte in der Wirtschaft zum Vogelsgesang unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende gab einen längeren Bericht über das verfloßene Jahr. Dasselbe war für uns im wesentlichen nicht sehr günstig. Gatten wir doch einen sehr flauen Geschäftsgang, was eine sehr große Arbeitslosigkeit unter den Kollegen zururückließ. Auch sehr viele Tarifirregularitäten mit den Unternehmern mußten durchgefochten werden, welche aber zum größten Teil zu unsern Gunsten erledigt werden konnten. Der Vorsitzende betonte besonders, daß alles viel besser gehen könne, wenn ein besserer Zusammenhalt unter den Kollegen vorhanden wäre. Gestorben sind 9 Kollegen; das Durchschnittsalter betrug 44 Jahre 3 Monate. In den Vorstand wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: Eugen Waldhardt, 1. Vorsitzender; Jos. Schäfer, Schriftführer; Franz Kob, Kassierer; A. Luz und Jos. Schlegel als Beisitzer. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Waldhardt aufgestellt. Die Wahl findet am Sonnabend, 15. Februar, auf den Arbeitsplätzen statt.

Stettin. Die am 22. Januar tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Als Kandidat zum Verbandstag für den dritten Kreis wurde Kollege Heing aufgestellt. Den Kassierbericht erstattete Kollege Sasse. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Gleichzeitig teilte der Kassierer mit, daß die Zahl der Mitglieder wieder bis auf 30 gestiegen sei. Es stehen uns hier noch einige Kollegen fern, und so wurde beschlossen, eine entsprechende Agitation zu entfalten. Die Wahl der Lohnkommission ergab vier Steinmetzen und drei Schleifer. Wir erwarten, daß in Kürze unsere Forderungen vorgelegt werden können. Es bestehen hier hinsichtlich Lohnverhältnisse, doch wir haben es an der nötigen Aufführungsarbeit bezüglich des Verbandes fehlen lassen. Bei uns sind die Löhne ebenfalls so niedrig wie im Süden. Hoffentlich zeigen die Herren Meister ein dementsprechendes Entgegenkommen. Die Versammlung verlief sehr harmonisch, ein Beweis, daß die Kollegen den Ernst der Situation erfasst haben.

Striegau. Die am 30. Januar hier tagende und gut besuchte Mitgliederversammlung ergriff zunächst das Andenken mehrerer verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Aus dem gegebenen Jahresbericht ist besonders hervorzuheben, daß die Situation in unserer Zahlstelle noch eine große zu nennen ist. Während über 200 Kollegen neu aufgenommen wurden, beträgt die Mitgliederzunahme gegen das Vorjahr jedoch nur 108, und ist der jetzige Mitgliederbestand 961. An Kranken- und Sterbegeld wurden aus der örtlichen Zuschußkasse 6026.20 Mark bezahlt, und war ein Zuschuß von 1053.25 Mark erforderlich. Der Bericht schließt mit der Aufforderung an die Kollegen, die Beiträge regelmäßiger zu zahlen und an der Mitgliedererweiterung reger mitzuarbeiten. Die Versammlung sprach auch dem Kollegen G. Schlauff für seine siebenjährige Tätigkeit als Kassierer den besten Dank aus. Darauf entspann sich eine lebhafteste Debatte über einen Antrag des Kollegen Müller, welcher besagte: Den Zentralvorstand zu beauftragen, bis zum nächsten Verbandstage Material zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung zu sammeln und eine dementsprechende Vorlage mit Beitragsregulierung auszubereiten. Dieser Antrag wurde vom Kollegen Müller in bester Weise begründet, von den Kollegen Schimpfe und Mosig bekämpft. Er wurde gegen 45 Stimmen abgelehnt. Zu der im Februar hier stattfindenden Gaukonferenz wurden die Kollegen P. Wieder, Mache, A. Mai, Wolf, Mengel, Mosig und Urbanek delegiert. Ferner wurde den Kollegen in Ober-Strreit, Groß-Rosen und Tschirnitz je ein Delegierter zugestanden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Welfshagen. Unter starkem Andrang referierte hier am 1. Februar unser Gauleiter Wievig. Das zu behandelnde Thema lautete: Die neue Reichsvereinsvorlage. In drastischer Rede und trefflichen Argumenten zerpflückte Redner die verschiedenen Paragraphen der Vorlage. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Anwesenden protestieren ganz energisch gegen die in dem Entwurfe enthaltenen arbeitserfindlichen, jede politische Willkür und Schikanen zulassenden Bestimmungen, wie e besonders in den §§ 4, 7, 8, 9 und 10 zum Ausdruck kommen. Die Versammelten stellen hierdurch an den Reichstag die dringende Forderung, endlich ein Vereiniggesetz zu schaffen, das durch feste, klare Bestimmungen allen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht gestattet, ohne obrigkeitliche Erlaubnis (Anerkennung) Vereine zu bilden, sich in geschlossenen Räumen sowie auf Privatgrundstücken, auch unter freiem Himmel, zu versammeln.“

Löbau. (Berichtigung.) Wie uns mitgeteilt wird, trifft die Andeutung in Nr. 4 unsres Blattes nicht zu, daß die Firma Kumpf bei einem Lieferungsangebot, der 6000 Mark betrug, 10 Prozent abgeben hat. Wir stellen dies hiermit richtig, denn Herr K. ist daran gelegen, festgesetzt zu sehen, daß er nicht Schmugglerkonkurrenz treibt. Die Redaktion richtet das bringende Ersuchen an ihre Mitarbeiter, daß die Einsendungen mit der größten Wahrheitsliebe abgefaßt werden.

Kandidatenliste.

Zum Verbandstage sind folgende Kollegen als Kandidaten im Vorschlag gebracht:

1. Kreis. Ernst Binkler, August Geue, Josef Zeschly, alle in Berlin. (2 Delegierte.)
2. Kreis. Vorschläge fehlen noch. (1 Delegierter.)
3. Kreis. Emil Wolf-Brandenburg, Karl Klahr-Rostock, Heinz Stettin. (1 Delegierter.)
4. Kreis. Gust. Vogel-Alt-Warschau, Louis Fahrmarkt-Bunzlau. (1 Delegierter.)
5. Kreis. Max Gulitz-Benig-Radwiz, Franz Spantig-Görlitz. (1 Delegierter.)
6. Kreis. Bruno Goltsche-Beuthen, Glazell-Oberpeilau. (1 Delegierter.)
7. Kreis. Robert Nothe-Rüders. (1 Delegierter.)
8. Kreis. Gustav Rieger, Oskar Schimpfe, beide in Striegau, Gustav Müller-Eisbort, Adolf Hentschel-Groß-Rosen. (3 Delegierte.)
9. Kreis. Karl Schiller, Hermann Scholz, Fritz Prengel, sämtlich in Häßlich. (1 Delegierter.)
10. Kreis. Joh. Barta, Alexander Reinhold, Karl Schreiber, sämtlich in Strahlen. (1 Delegierter.)
11. Kreis. Robert Heller, Karl Kreischmer-Ströbel. (1 Delegierter.)
12. Kreis. Eisner, Schuhmann, Seidel, Meyer und Steinde, sämtlich in Dresden. (2 Delegierte.)
13. Kreis. Max Adler-Birma. (1 Delegierter.)
14. Kreis. August Kaspar-Dohna, Ernst Rehschuh-Neunborn. (1 Delegierter.)
15. Kreis. Ernst Hamann, Emil Lehner, beide in Posta. (1 Delegierter.)
16. Kreis. Wilhelm Lode-Söbau, Jakob Oppach. (1 Delegierter.)
17. Kreis. Karl Purtsche-Neunborn, Gerum, Heinrich Fuchs jun., beide in Vahren. (2 Delegierte.)
18. Kreis. B. Fontana-Mittweida. (1 Delegierter.)
19. Kreis. Oskar Wunberlich-Chemnitz, Artz-Plauen, Adolph Zwida, Emil Weber-Weddeburg. (1 Delegierter.)
20. Kreis. Just-Riesa, Emil Krämer-Weißig I. (1 Delegierter.)
21. Kreis. Oskar Meinel-Kirchberg, Johann Höger-Aue. (1 Delegierter.)
22. Kreis. Gust. Herrmann-Leipzig. (1 Delegierter.)
23. Kreis. Rudolf Bächel, Albert Schlegel, beide in Deucha. (1 Delegierter.)
24. Kreis. Fritz Adermann-Obbeim, Karl Rabitz-Alleben, Richard Noack, Philipp Pfeiffer, beide in Wurzen. (2 Delegierte.)
25. Kreis. Simon Rüdert-Gotha, Karl Schleicher-Langenfalsa. (1 Delegierter.)
26. Kreis. Karl Setler-Riel, Gustav Franz-Hamburg II. (1 Delegierter.)
27. Kreis. Ernst Bolte-Hannover, E. Neuh-Hamburg I. (1 Delegierter.)
28. Kreis. Karl Maus, Karl Wollborn, beide in Bremen. (1 Delegierter.)
29. Kreis. Wellner-Braunschweig, Hermann Hennig-Königsblutter, Otto Meyer-Ebendorf. (1 Delegierter.)
30. Kreis. Bopp-Hasserode, Karl Müller-Wildemann, Verch-Einbe, Karl Sporck-Hasserode. (2 Delegierte.)
31. Kreis. Fritz Sporck-Osterwald. (1 Delegierter.)
32. Kreis. Peter Nett, Mühlhausen (Thüringen), Clemens Hallstein-Bremke, Fabulusch-Göttingen, Oskar Wegener, Jakob Hansmann, beide in Kassel. (1 Delegierter.)
33. Kreis. August Huster-Dortmund. (1 Delegierter.)
34. Kreis. Karl Hoyer-Gelsenkirchen, Heinrich Schmitt-Düsseldorf, Karl Werner-Eberfeld, Rehschöfer-Essen. (1 Delegierter.)
35. Kreis. Tennbusch-Düsseldorf II, Kuhn-Köln. (1 Delegierter.)
36. Kreis. Wilhelm Hefendehl-Beck, Reithenmeier-Wehlar. (1 Delegierter.)
37. Kreis. Dippel, Bachmann, beide in Frankfurt a. M., Karl Bedmann-Wiesbaden. (1 Delegierter.)
38. Kreis. Max Arnold-Mannheim. (1 Delegierter.)
39. Kreis. Peter Kindinger-Reichenbach, Joh. Seidel-Rimbach, Bongraz-Bensheim. (1 Delegierter.)
40. Kreis. Bergbauer, Friedrich Wetdenhamer-Hemsbach. (1 Delegierter.)
41. Kreis. Willaeder-Dürkheim. (1 Delegierter.)
42. Kreis. Schmutzler-Baumholder, Wilhelm Probst-Katzenlauren, König-Parmain, Friedrich Kohl-Mienglan. (1 Delegierter.)
43. Kreis. Eugen Waldhardt-Strasbourg. (1 Delegierter.)
44. Kreis. Paul Unger-Colmar, Josef Droll-Mühlhausen. (1 Delegierter.)
45. Kreis. Hans Weindl-Kappelrodt, Rost-Freiburg. (1 Delegierter.)
46. Kreis. Joseph Klingler-Stuttgart. (1 Delegierter.)
47. Kreis. A. Maier-Sulstfeld, Karl Brand-Kürnbach, Wilhelm Kauter-Odenburg. (1 Delegierter.)
48. Kreis. Oswald-Maulbronn, Schlotterbeck-Odenburg, Siegfried-Sternfels. (1 Delegierter.)
49. Kreis. Johann Böttler, Heinrich Erlacher, Joseph Schifferl, Joseph Streifeneder, sämtlich in München. (1 Delegierter.)
50. Kreis. Bernhard Fischer-Augsburg, August Frank-Ulm. (1 Delegierter.)
51. Kreis. Michael Heusinger-Aunkirchen, Alfons Neumeier-Lüttling. (1 Delegierter.)
52. Kreis. Joseph Steitmeier-Metten. (1 Delegierter.)
53. Kreis. Wolfgang Fröhler-Floß. (1 Delegierter.)
54. Kreis. Kaspar Scheuring-Nürnberg. (1 Delegierter.)
55. Kreis. Adam Pfeuffer-Heidingsfeld, Sebastian Sauer-Würzburg. (1 Delegierter.)
56. Kreis. Anton Bau-Grünfeld, Joseph Breunig-Miltenberg, Karl Schaab-Wöth a. Main. (1 Delegierter.)
57. Kreis. Christ. Schmidt-Bayreuth. (1 Delegierter.)
58. Kreis. Wolfgang Gieger-Wunsiedel, Johann Wächter-Seuffen. (1 Delegierter.)
59. Kreis. Wolfgang Gnitel-Niederlamitz. (1 Delegierter.)
60. Kreis. Heinrich Giegold-Schwarzenbach, Hans Geigermüller-Seld. (1 Delegierter.)

Der Verband bildet im ganzen 60 Wahlkreise, in welchen 67 Delegierte zu wählen sind. Bei der Einteilung sind die Gaugrenzen, sowie die Zusammengehörigkeit der Orte, hinsichtlich der Branchen, nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Alle geäußerten Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden.

Die Hauptwahlen müssen vom 9. bis einschließlich 23. Februar vollzogen sein. In den Zahlstellen Stettin, Unsen, Seeburg, Langenfalsa und Jena wurden die definitiven Wahlen bereits vor dem angelegten Termin vorgenommen. Dieser Wahlakt ist ungültig. Den betreffenden Zahlstellen sind neue Wahlprotokolle zugesandt worden. Erreicht ein Kandidat bei der Hauptwahl nicht die absolute Mehrheit, so findet ein zweiter Wahltag statt, und zwar in der Zeit vom 8. bis einschließlich 15. März.

Für die Hauptwahlen muß das Wahlprotokoll bis zum 25. Februar an den Zentralvorstand eingesandt sein. Das Wahlprotokoll für die Stichwahlen muß bis zum 17. März in den Händen der Zahlstellen sein.

Bei der Hauptwahl gilt absolute, bei der Stichwahl relative Majorität. Ist in einem Kreise, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, Stichwahl und es kandidieren zum Beispiel drei

Kollegen, so werden wie bei der Hauptwahl alle drei zur Wahl gestellt. Um gewählt zu sein, gilt dann schon einfache Mehrheit.

Zu der Nr. 3 des Steinarbeiter ist das Wahlreglement abgedruckt. Bei der Wahlhandlung muß zur Information diese Nummer zur Stelle sein.

Der Zentralvorstand.

Rundschau.

Die Rohbilanz der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für 1907 ergibt folgendes Resultat:

259 Tote und 12001 Verletzte.

Kollegen, dringt überall darauf, daß die Unfallvorschriften strikte durchgeführt werden, ferner, daß die Bundesratsverordnung respektiert wird. Vorstehende Ziffern zeigen, wie leichtfertig das sozialpolitisch rückständige Unternehmertum mit den Arbeiterschutzbestimmungen umspringt.

Die Geistlichkeit und die christliche Gewerkschaftsbewegung. In Nr. 50 der christlichen Gewerkschaftsstimme 1907 beschreibt Bezirksleiter Kuhn vom christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband seine Erlebnisse auf einer Agitationstour durch Lothringen. So berichtet er aus Nieder-Saax: „Unsere Versammlung fand im Saale des katholischen Vereinshauses statt. Die Herren Geistlichen, die ebenfalls zugegen waren, hatten offenbar Angst, sie könnten bei den Arbeitgebern von Nieder-Saax in Ungnade fallen, denn sie verboten gleich von vornherein die Verteilung von Aufnahmehesheinen.“ Damit wird also wieder bestätigt, daß sich die christlichen Arbeiter erst dann organisieren dürfen, wenn es die hohe Geistlichkeit im Interesse der Unternehmer für gut befindet. Die Redaktion der Gewerkschaftsstimme hält es aber nicht für nötig, gegen diesen Zustand, den jeder denkende Arbeiter als eine Entwürdigung empfinden muß, Verwahrung einzulegen. Sie bemerkt nur ganz kleinlaut in einer Fußnote: „Man braucht in dem Geistlichen nicht gleich einen Gegner zu sehen. Offenbar war ihm die Sache zu neu, aber hoffentlich werden sie derselben für die Folge wohlwollende Aufmerksamkeit zuwenden.“

Terrorismus — Nächstenliebe. — Du sollst nicht begehren deines Nächsten Hausfrau. Unter nicht allzu günstigen Verhältnissen haben unsere Kollegen im Lithographiesteingebiet die Fahne unserer Organisation hochzuhalten. Trotzdem „christliche“ Elemente alle Mittel bereits ausprobiert, um die emporkommende Bewegung unfers Verbandes zu ersticken, war der Erfolg für die tapferen „Gotteskrieger“ stets ein negativer. Solnhofen ist uns ja auf diesem Gebiet bereits bekannt und hatten unsere Leser schon des öfteren Gelegenheit, einige „Größen“ etwas näher charakterisiert zu finden. Aber auch Langenalthelm will auf diesem Gebiet gleich Großes leisten. Dort befindet sich ein Mann — der bei den Christlichen eine große Rolle spielt — der unsern Kollegen schon des öfteren etwas „unsanft“ christliche Ideen beibringen wollte. Nebenbei dem König Gambinus begeistert huldigend, spielt er gerne den „eisernen Kanzler“ der Christen. Doch nicht von einer Seite wollen wir ihn beurteilen. Befolgt der Patentschrift auch nicht das Gebot der Feindseligkeit, so doch das der — Nächstenliebe. Schon seit längerer Zeit munkelt man von einem Teufelspakt zwischen ihm und einer verheirateten Frau. Kürzlich hatte nun der Ehegatte der letzteren Gelegenheit, ganz von ungefähr zu beobachten, wie der christliche Geld seiner Ehehälfte ganz kräftig in die Augen schaute. — Der Sozialistenfresser konnte sich sonst nicht genug ereifern über die Unmoral usw. der bösen „Sozi“, nun hat ihn die Göttin Venus selbst zu Fall gebracht. Wenn wir wieder einmal irgendwo eine Zählstelle gründen, wird wohl dann wieder die Gewerkschaftsstimme in „Heiligenstädter“ Ton von „zweifelhaften Elementen, die in der christlichen Gewerkschaft keinen Platz haben“, berichten, wie feinerzeit von Langenalthelm? — Solche zweifelhafte Elemente stehen nicht in unsern Reihen, als wie die Freunde der Gewerkschaftsstimme es sind. Unser Beileid! Servus!

Petition an den Bundesrat. Schon oft haben wir uns über die Gefährlichkeit der Frauenarbeit in den Steinbrüchen ausgesprochen. Es gibt aber immer wieder Unternehmer, die glauben, zu Grunde zu gehen, wenn sie auf die Frauenarbeit verzichten müßten. Was schert solchen Herren die Gesundheit der Frauen, das Wohl in der Familie, die Pflege der Kinder usw.; oberstes Prinzip bleibt doch bloß der Profit. Zum zweitenmal nun wenden sich einige Frauen aus Badel und Diera bei Meissen an den Bundesrat, damit sie wieder den Marschlag in den Steinbrüchen herstellen dürfen. Sicherlich stecken auch diesmal hinter dieser Petition die Herren Unternehmer. Daß einige Poliere die Hand im Spiele haben, ist uns nicht unbekannt. Feststellen wollen wir, daß in Badel und Diera seit längerem schon viele Pflastersteinarbeiter ohne Beschäftigung sind.

Der Bundesrat wird der Petition sicherlich nicht stattgeben, denn er würde ja dann selbst seine Verordnung über den Haufen werfen. Die Bestimmung über das Verbot der Frauenarbeit nach der Bundesratsverordnung lautet:

§ 10. In Steinbrüchen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht bei der Steingewinnung oder der Aufarbeitung von Steinen beschäftigt werden.

In Steinhauereien dürfen jugendliche Arbeiter nicht bei der trockenen Bearbeitung von Sandstein, Arbeiterinnen auch nicht mit andern Arbeiten beschäftigt werden, bei denen sie der Einwirkung von Staub ausgesetzt sind.

Außerdem dürfen in Steinbrüchen und Steinhauereien Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beim Transport oder Verladen von Steinen beschäftigt werden. Für Schieferbrüche kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen dahin zulassen, daß jugendliche Arbeiter beim Transport oder Verladen von Steinen mit ihren Kräften angemessenen Arbeiten beschäftigt werden dürfen.

Erzwecklicher Weise können wir konstatieren, daß im allgemeinen die Frauenarbeit in den Steinbrüchen nachgelassen hat, die Bundesratsverordnung blieb somit nicht ohne Einfluß. Jeder vernünftig denkende Mensch wird zugeben müssen, daß die schwere Steinbrucharbeit keine Beschäftigung für Frauen ist. Allerdings einige Unternehmer gehen sogar so weit, die Frauen bei der höchst lebensgefährlichen Sprengarbeit zu beschäftigen, und kürzlich sind im Striegauer Granitbezirk größere Unfälle vorgekommen, wobei auch zwei Frauen verletzt wurden.

Wir werden nach wie vor darauf dringen, daß in der Steinindustrie die Frauenarbeit voll und ganz verschwindet.

Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung hatten sich die Steinbruchbesitzer Mittl, Baumann, Lang, Steff, Zehentbauer, Ruff und Pöhler, sieben Gemeinbürger von Mörnsheim, vor dem Landgericht in Eichstädt zu verantworten. Sie hatten sich zur Ausbeutung der Steinbrüche auf dem Gumelberg bei Mörnsheim vereinigt und ließen im Jahre 1906 eine hölzerne Brücke herstellen, auf der mittels sogenannter Schnappstollen Steine und Schutt heraufgezogen und weiterbefördert werden konnte. Im Frühjahr 1907 wies die Brücke verschiedene

Mängel auf, die sich durch Schwanken und einseitige Neigung zeigten. Trotzdem unterließen die Beteiligten, die Brücke wieder instand setzen zu lassen und brachten nur eigenhändig einige Spanne an. Am 17. Juli, mittags 1/2 1 Uhr, als sich zwei Arbeiter Lang wurde infolge Verschüttens sofort getötet, der Arbeiter Ottinger wurde sehr schwer verletzt, und der Knecht Joseph Schuster und der Schnappstollenführer Meier erlitten gleichfalls, ersterer bedeutende, Verletzungen. Das Gericht erkannte gegen jeden der Angeklagten auf drei Wochen Gefängnis und Kostentragung.

Die Angeklagten können sich nicht beklagen, daß die ihnen zugebilligte Strafe hoch sei, trotzdem der durch ihr Verschulden vorgekommene Unglücksfall so recht bedauerliche Folgen nach sich zog. Wenn ein Kollege von uns einen Arbeitswilligen beim richtigen Namen nennt, dann gibt es gewöhnlich vier bis sechs Wochen, wie aber Figura zeigt, kommen sehr häufig die Unternehmer billiger weg, wenn sie sich wegen fahrlässiger Tötung und dito Körperverletzung zu verantworten haben.

Die Arbeiten und Lieferungen für die Steinaufbauten der nördlichen Rheinbrücken in Köln sollen im Wege öffentlicher Verdingung in einem oder zwei Losen vergeben werden. Das Los I, Maurerarbeiten, umfaßt rund 15 000 Kubikmeter, das Los II, Steinmets- und Bildhauerarbeiten, und zwar rund 5000 Kubikmeter in Muschelkalk- oder Sandstein. Bei der Zuschlagserteilung können nur solche Unternehmer berücksichtigt werden, die nachweislich schon größere Monumentalbauten ausgeführt haben und über genügende, der Neuzeit entsprechende maschinelle Einrichtungen verfügen.

Bei der Vergabe kommen somit nur Großfirmen in Betracht. Es denkt also niemand daran, daß durch Ausschreibung von Teufelosen die kleineren Meister berücksichtigt werden.

Toleranter Gastwirt. Im Kreise Löwenberg (Schlesien) werden unsern Berufs Kollegen zur Abhaltung von Gewerkschafts- und politischen Versammlungen schon längst die Säle vorenthalten. Besonders tut sich bei diesem Kampfe der Gastwirt Weinhold aus Hartliebtsdorf hervor, welcher in zwei Löwenberger Zeitungen folgendes ominöse Inserat losließ: „Für alle diejenigen, die mit meinem Nachbar, dem Steinmetz Peter Fachbach, ihre Gefinnung teilen, ist mein Lokal gesperrt. Auf diese Gnadenunterstützung verzichte ich gern.“

Es kann nun sehr leicht eintreten, daß p. p. Weinhold in seinen Räumen außer der Rolle des Wirts auch noch die des Cafés spielen kann. Unser Gefinnungsgenossen werden die Schwelle seines „zastlichen Heims“ sicherlich nicht übertreten.

In Greiffenberg (Schlesien) ist die Gründung einer Gesellschaft m. b. H. beabsichtigt, welche das zwischen Greiffenberg und Frieberg gelegene 264 Hektar große Mittelgut Wiesa mit zugehörigen Basaltsteinbruchs- und Dampfziegeleianlagen gegen ein Stammkapital von 700 000 Mark bei einer Hypothekbelastung von gleicher Höhe übernehmen will. Basaltwerke werden in hiesiger Gegend auch am kalten Berge bei Rabishau sowie in Langenöls und an mehreren Stellen bei Lauban sehr rege betrieben.

Einem tödlichen Unfall hat am Montag nachmittag im Köhlerischen Granitwerk in Meissen der 35 Jahre alte Steinbrecher Maleki, wohnhaft in Hintermücker, erlitten. Der Unfall geschah durch Umfallen eines Steinblockes im Gewicht von etwa 60 Zentnern, unter den der Verunglückte zu liegen kam, was natürlich den Tod sofort herbeiführte. Maleki war sechs Wochen am Streik beteiligt und wurde dann Arbeitswilliger. Noch an seinem Unglückstage hatte er seinem Arbeitgeber drei Arbeitswillige zugeführt. Er hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern.

An die Steinarbeiterverbreiter.

In den nächsten Tagen werden die Adressen für die Streifenbänder und Postpakete neu gedruckt. Alle diesbezüglichen Adressenänderungen sind uns unterzüglich zuzufenden. Damit in der Expedition nicht immer Umänderungen vorgenommen werden müssen, ist es praktisch, wenn nur stabilbleibende Adressen eingesandt werden. Die Expedition.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Erbach. Kollege Stockinger macht die verkehrsmässigen Neuerungen, ich hätte als Platzfahrräder sein Buch nicht in Ordnung gebracht. Die Behauptung ist unwahr. Vor Weiterverbreitung warne ich. Karl Bielmeier.

Neue Zahlstellen.

Chringendorf bei Weimar (S. Gau). Vorf.: Louis Barth. Kass.: Louis Häner.

Gautschi i. O. (10. Gau). Vorf.: Friedrich Schab.

Adressen-Änderungen.

- Strehen** amts. Vorf.: Johann Popp, Nr. 99.
- Zwungenberg.** Kass.: Johann Harant.
- Landau** Kass.: Ludwig Pabler, Wirtschaft z. gold. Lamm.
- Selms.** Vorf. und Kass.: Max Richter, Neustädter Str.
- Herford.** Vorf.: Grimmer, Eisgrabenstr. 8. Kass.: Rudolf Langau, Sellenweg 426.
- Dörschbach.** Vorf.: Emil Müller. Kass.: Gustav Arnold.
- Greiz.** Vorf.: Ernst Reithmann, Politzer Weg 28. Kass.: Hermann Schmidt, Politzer Weg 88.
- Muldorf.** Vorf.: Joseph Bittel, wohnhaft bei Gastwirt Schöffa.
- Hörnberg.** Vorf.: Kaspar Scheuring, Wöllernstr. 50, IV. Kass.: Johann Kraus, Poppenreutherstr. 8, II., St. Johannis.
- Ötzen.** Kass.: Ernst Hölzel.
- Gebach.** Kass.: Wilhelm Krauth, Brühlstr. 235. Alle Briefsendungen sind an diesen zu senden.
- Hochspeyer.** Vorf.: Phil. Kunz. Kass.: Johann Schüler.
- Munich.** Vorf.: Alois Bonkrup, Harmoniegasse 320.
- Neutirchen-Weblingen.** Kass.: Johann Heuser.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. bis mit 31. Januar. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

- Rudolfs, K. 70.—; Walzrode, B. 4.50; Saalberg, B. 31.90, K. 50.—; Heide, B. 5.—; Neufels, B. 2.85; Winten, B. 2.20, K. 30.—; Eiterode, K. 90.—; Vab Nibling, B. 41.40, E. 1.50, K. 9.40, M. 20.—; Erfurt, B. 129.57; Halberstadt, B. 48.—, K. 9.50; Osterholz, B. 218.80, K. 19.40; Ober-Teilau, B. 21.—, K. 1.50; Reitenbauern, B. 36.—; Schmie, B. 50.92, K. 1.90; Wildemann, B. 12.60, E. 2.—, K. 3.20, M. 20.—; Wilsdorf, B. 48.—, M. 60.—; Zwingenbera, B. 63.—, M. 1.90; Rofsbach, B. 84.—, K. 5.—, M. 1.—; Wittweiba, B. 294.—; Kelbra, B. 42.—, E. 50.—, M. 1.20, X. 1.50; Hodenau-N., B. 184.—, X. 16.—; Hodenau, M. 75.—, X. 33.—; Gefrees, B. 92.40, K. 5.—; Frankenstein, B. 21.—, K. 100.—, X. 5.—; Demitz-Thumitz, E. 16.—, K. 39.50; Baden-Baden, B. 19.—, K. 3.—, M. 1.—, X. 5.—; Wenzendorf, B. 4.95; Freiwaldau, B. 235.—, E. 50.—; Gablonz, Ab. 2.55; Arnstadt, Ab. 2.50; Leipzig, M. 6.—; Eibertz, Ab. 3.60; Neustrelitz, B. 2.75; Jever, B. 1.80, E. 50.—; Jever, B. 5.60; Rinteln, B. 3.30, K. 70.—; Erfurt, E. 5.—, K. 23.70, M. 5.50, X. 16.50; Gebweiler, B. 115.—, E. 7.50, K. 6.—, M. 6.10, X. 10.—; Gasserode, B. 112.70, K. 1.55; Hagenu, B. 8.40; Meissen I, M. 20.—; Kranfurt a. O., B. 92.—, X. 2.—; Falkenstein, B. 3.30, K. 80.—; Dessau, B. 2.30, K. 70.—; München, B. 29.90, K. 10.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Quittung
über zurückgezandtes Marktmaterial vom 10. bis 31. Januar 1908.
Münchenberg 70 X. Leipzig II. 8 X. Leonbronn 52 X. Eibersfeld 147 X. Raffort 193 B. III. 8 E. 100 K. Lubmitzshafen II. 91 X. Lütchenbach 273 X. Schmie 46 X. Gotha 3 A. Helfbronn 173 X. Düsseldorf I. 55 X. Birna 600 X. Eilsbach 160 X. Maulbronn 4 X. Marburg 100 X. Düsseldorf II. 600 X. Hochspeyer 156 X. Frankenstein 50 X. Rostock 274 B. III. Brück 126 X. Lüneburg 46 X. Gebweiler 100 X. Meissen I. 500 X. (Diese Quittungen werden allmonatlich veröffentlicht.)

Briefkasten.
Fichtelgebirge, Landsmann. Ja, den Versammlungsbericht habe ich etwas kritisiert. Bei der Aufführung mehr Sorgfalt verwenden, dann ist so etwas nicht nötig. Vielen Gruß. — **Verberich.** Die Notiz betraf Walldorf in Schleien. Vielen Gruß. — **Vanitz.** Sendet mir sofort detaillierten Bericht über Frau de Angelegenheit. Solchen Leuten muß das Handwerk schnellstens gelegt werden. — **München.** Aber bitte in Zukunft etwas Mühe geben. Sonst aber besten Gruß. — **Odenwald, B.** Aus tatsächlichen Gründen retourgestellt. Sonst aber viele Grüße. — Verschiedene Einsendungen mühten bedauerlicherweise infolge Raummangels zurückgestellt werden. Wir müssen aber auch ersuchen, daß die Einsender von Versammlungsberichten und sonstigen Artikeln bei der Abfassung mehr Sorgfalt auf ihre Verwertbarkeit verwenden. — **Baumholder G.H.** Gut, wir lehnen einfach derartige Artikel in der Zukunft ab. Wir haben die Einsendung sorgfältig umgearbeitet, nun paßt's auch wieder nicht.

Anzeigen.
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Hoch- und Tiefbau-Technik
Stukkateur und Steinmetz erlernt man durch die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtssendungen. Besondere Prospekte über jedes Fach und Anerkennungsschreiben gratis und franko.
Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung
— Eigene Anfertigung —
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jadetts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Puppenwagen
deren Verdecke sich selbsttätig auf- und niederbewegen, erhält man elegant zum Fabrikpreise, nachdem man Puppenwagenbilder verlangt, direkt von der Puppenwagenfabrik
Julius Treubar in Grimma 627.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Reclams Universalbibliothek
pro Band 20 Pfg.
Kataloge in jeder Buchhandlung zu haben. Hauptverlag Leipzig, Inselstraße.

1 tüchtigen Steinmetzen
der Schrift zeichnen und Granitschrift hauen kann. Selbiger muß auch in Grabsteinarbeiten bewandert sein.
Reinhold Müller, Bildhauerei
Merseburg a. S., Lobjauer Str. 2.

Steinmetzgehilfen
finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn im Afford auf Pflastersteinarbeiten. Es handelt sich um das Brechen und Fertigstellen der Steine. Anträgen sind zu richten an
J. Bartl, Steinmetzgeschäft
Taschow, Post Großprießen bei Müllig (Böhmen.)

Gestorben.
In Dresden am 29. Januar der Kollege **Max Heim**, 22 Jahre alt, an Gehirnhämorrhagie. — Ebenfalls am 1. Februar der Kollege **Hermann Wernan**, 34 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Hamburg I am 26. Januar der Kollege **Hans Ernst Wedel**, 51 Jahre alt, an der Schwindsucht.
In Heidingstedt am 31. Januar der Kollege **Richard Goebel**, 24 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Dutter am 28. Januar der Kollege **Karl Stender**, 42 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. — Ebenfalls am 29. Januar der Kollege **Georg Riemer**, 30 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Neustadt a. d.ardt am 28. Januar der Kollege **Michael Bürn**, 44 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Nieddingen am 31. Januar der Kollege **Reinhard Wilm**, 35 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Reiffenhausen am 26. Januar der Kollege **Karl Beder**, 36 Jahre alt, an Bluthurz.
In Reiffenhausen am 27. Januar der Kollege **Ph. Rückert**, 31 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Einiges aus der Geschichte der Krisen.

Wo in der Volkswirtschaft umfassende Störungen in der Produktion und im Absatz der Waren eintreten und somit das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch auf längere oder kürzere Zeit gestört wird, da bezeichnet man diesen Zustand als Wirtschaftskrisis. Die freilich nicht ganz passende, aber in den Sprachgebrauch übergegangene Bezeichnung „Krisen“ ist der medizinischen Wissenschaft entnommen und bedeutet soviel wie: Entscheidung, Wendepunkt im Verlaufe einer den menschlichen Körper befallenden Krankheit. Wenn auch nach dem jetzigen Stande der Pathologie (Lehre von den Krankheiten) diese Annahme zwar nicht mehr aufrechterhalten werden kann, so führt eine Krisis im wirtschaftlichen Sinne im Gesellschaftskörper jedoch stets einen Wendepunkt herbei, und zwar eine Wendung zum Schlechten. Es tritt ein Zustand ein, wie ihn Karl Marx im kommunistischen Manifest wie folgt zeichnet: „Der Verkehr stockt; die Märkte sind überfüllt; das Geld wird unsichtbar; der Kredit verschwindet; die Fabriken stehen still; die arbeitenden Massen erdulden den Hunger; Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Störung. Produktivkräfte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die angehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abliehen, bis Produktion und Austausch wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, der industrielle Trab geht über in Galopp und dieser steigert sich bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeple-Chase, um endlich nach den halbbrechenden Sprüngen wieder anzulangen — in dem Graben des Krachs.“

Auf diese im kommunistischen Manifest in lapidarer Weise die allgemeine wirtschaftliche Lage kennzeichnende Schilderung und beschränkend, kann es nicht unsere Aufgabe sein, hier tiefer auf die Erscheinungen und die Folgen einzugehen, die eine Krisis auf das wirtschaftliche Leben im allgemeinen und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter im besonderen ausübt, sondern wir wollen in folgendem einiges aus der Geschichte der Krisen mitteilen.

Am bei dem Leser im Verlaufe dieser Ausführungen nicht etwa eine irriige Meinung und falsche Schlussfolgerungen aufkommen zu lassen, wodurch sein Urteil getrübt werden könnte, sei zuvor darauf hingewiesen, daß sich die heutigen Krisen im wirtschaftlichen Leben von den Krisen früherer Zeiten wesentlich unterscheiden. Die Krisen unserer Tage haben ihre Ursache in einem den Bedarfs- oder richtiger die Kaufkraft des Volkes weit übersteigenden Warenreichtum, wogegen die Krisen der alten, die heutige kapitalistische Produktionsweise nicht kennenden Volkswirtschaft aus dem Mangel an Waren entstanden. Diese Tatsache ist so offenkundig, daß sie füglich von den bürgerlichen Nationalökonomien nicht geleugnet werden kann. Im Hinblick darauf erklärt man auch von jener Seite, daß diese Erscheinungen als etwas Unabwendbares hingenommen werden müßten, was unter der Voraussetzung der in der heute bestehenden Gesellschaftsordnung begründeten kapitalistischen Warenproduktionsweise allerdings richtig ist. Non possumus! (Wir können nicht!) Da es nun aber in dem Rahmen dieser Arbeit nicht hineinpaßt, darzutun, wie und warum in der Zukunft, unter einer andern, auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, für den Ausbruch der Krisen die Voraussetzung fehlt, so dürfte es interessieren, einiges aus der Vergangenheit, aus der Geschichte der Krisen zu erfahren.

Wenn etwa die Meinung besteht, daß diese Erscheinungen, die wir mit dem Ausdruck „Krisen“ bezeichnen, lediglich der modernen kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich seien, so beruht dies auf einem geschichtlichen Irrtum. „Krisen“ kamen schon im Altertum vor, wenigstens soll nach Livius bereits vor mehr als 2000 Jahren eine Art Handelskrisis im Lager des älteren Scipio vor Karthago ausgebrochen sein, hervorgerufen dadurch, daß die Kaufleute zuviel Waren herbeigeschleppt hatten.

Auch im frühen Mittelalter kamen sie zuweilen vor, wo sich ihre Folgen bei der damaligen, auf der Naturalwirtschaft beruhenden Volkswirtschaft in Hungersnöten zeigten, wenn zuvor Miskerten oder Naturgewalten irgendwelcher Art eintraten. Aber abgesehen davon, traten in späterer Zeit schon Geldkrisen hervor; z. B. die Florentiner Krisis vom Jahre 1345, wo die Gesellschaften der Scali, Peruzzi und Bardi fallierten, wodurch der ganze Staat erschütterter wurde. Als die beiden ersten eigentlichen Handelskrisen mit ausgeprägtem Charakter, als solche können wir die von Lübeck vom Jahre 1603 und die Krisis in Holland betrachten. Diese letztgenannte wurde dort durch die in den Jahren 1634 bis 1637 herrschende Tulpenmanie hervorgerufen, indem für die Saarlemer Tulpenzwiebeln ein derartig hoher Preis verlangt und bezahlt wurde, daß einzelne Exemplare dieser Kinder Floras 13 000 holländische Gulden kosteten und man mit ihrem Wert ebenso Finanzgeschäfte trieb, wie heute mit den Papieren an der Börse. Dann weiß die Geschichte zu berichten von der englischen Geldkrisis von 1696, veranlaßt durch eine Veränderung im Münzwesen, die einen Mangel an Zahlungsmitteln zur Folge hatte. Allgemein bekannter als die bisher genannten Krisen war die Krisis, die aus den Wirkungen des von John Law in den Jahren 1716 bis 1720 durchgeführten Systems hervorging, das auf dem Irrtum beruhte, daß man durch eine Vermehrung der papiernen Umlaufmittel das Kapital eines Landes erhöhen könne. Dieses System kennzeichnete sich durch das erstmalige Auftreten von Gründungen größeren Umfangs, das Entstehen einer Agiotage (Agiotage = Aufgeld, Mehrwert einer Münzsorte im Vergleich mit einer andern, die nominell den gleichen Wert hat. Agiotage = Geld- und Wechselwucher) mit allen Auswüchsen wilder Unter-

nehmungslust und den darauf herbeigeführten finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine dadurch entstandene Vermögensverschiebung. Etwa zeitlich hiermit zusammenfallend sah England eine Krisis, hervorgerufen durch den Südschwindel. Der Aufschwung des Verkehrs mit den transatlantischen Ländern und die dadurch leicht die Schranken überspringende Spekulationslust, verbunden mit einer mißbräuchlichen Anwendung der Aktiengesellschaften, mag die Ursache gewesen sein. In Hamburg wurde eine Handelskrisis im Jahre 1799 dadurch hervorgerufen, indem die im Absterben begriffene französische Revolution und der Seekrieg zwischen Frankreich und England zu einer Ueberfüllung des Marktes mit unabsehbaren Waren führte.

Das klassische Zeitalter der Krisen ist aber das neunzehnte Jahrhundert, wo die Entwicklung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung, namentlich in den westlichen Staaten Europas, schnell vor sich ging. Etwa zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts war es die erweiterte Anwendbarkeit und Anwendung der Dampfkraft, namentlich in der wichtigen Woll- und Baumwollindustrie, der Aufschwung in der Kohlen- und Eisenindustrie und die rasche Ausbreitung der Kolonial- und Handelsmacht Englands, was dort zu einer ungeahnten Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte führte. Durch das Streben nach Vergrößerung des Erwerbes und Besitzes wurde eine Spekulation wachgerufen, die, wenig wählerisch in ihren Mitteln, alle Schranken überstieg. Durch das Zusammenwirken von Ueberproduktion, schlechten Ernten, beengtem Geldstand, brach die Krisis aus, die in den Jahren von 1815 bis 1818 schwere Mißstände in dem Inland hervorrief. Dieser noch in ihren Wirkungen war dort die Krisis vom Jahre 1825. Nach der milden Gründungs- und Spekulationsperiode, die die gemagtesten Unternehmungen zeitigte, erfolgte im Herbst des genannten Jahres der Zusammenbruch. Unzählige Fallimente, eine vollständige Börsen-deroute und eine Störung des Verkehrs waren die Folgen. Eine Verarmung griff tief selbst in die besser gestellten Volkskreise ein. Arbeiterentlassungen und Unruhen waren die letzten Wirkungen dieses Ereignisses.

Man ersieht hieraus, daß es der Krisen unzählige waren, die auf längere oder kürzere Dauer von mehr oder minder nachhaltigem Einfluß auf das wirtschaftliche Leben waren. Auch die Jahre 1814, 1830, 1837 und 1839 sahen in Nordamerika folgenschwere Katastrophen, nachdem durch das Treiben der amerikanischen Zettelbauern eine Krisis entstanden war. Bei allen diesen Erscheinungen unterscheidet man, wodurch sie hervorgerufen worden sind. Dagegen im Grunde genommen es ziemlich die gleichen Ursachen sind, so stellen sie sich dar als Handels-, Börsen-, Geld-, Verkehrs- und Kreditkrisen, auf die im einzelnen einzugehen, hier zu weit führen dürfte. Kurz wollen wir nur noch daran erinnern, daß die Krisis vom Jahre 1857 einen allgemeinen Charakter trug. Sie hat mit der jetzt bestehenden in ihrem Werdegang das gemein, daß sich infolge eines länger andauernden wirtschaftlichen Aufschwunges und der dadurch hervorgerufenen Unternehmungslust Ende 1856 die Banken zu dauernden Diskontenerhöhungen gezwungen sahen, aber die Panik kam noch einmal durch und die Spekulation bemächtigte sich des Warenmarktes. Die notwendigsten Nahrungsmittel stiegen ungeheuer im Preise, bis dann im Jahre 1857 ein Zusammenbruch erfolgte, der sich über Amerika, England, Frankreich und Deutschland ausdehnte und hier ganz besonders Hamburg in Mitleidenschaft zog.

Die ausgebreitetste Krisis, und zwar eine echte Weltwirtschaftskrisis, war die vom Jahre 1873, die sich in ihrem Laufe fortsetzend, über Nordamerika und die europäischen Länder ausdehnte und im folgenden Jahre auch Ostasien ergriff. Sie erstreckte sich auf alle größeren Handels- und Industriezweige. Keine Krisis hat jemals eine so nachhaltige Wirkung hervorgerufen, wie diese. Bis in das Jahr 1880 waren ihre Wirkungen zu spüren; es zeigte sich, wie die gesamte Weltwirtschaft erschüttert war. Was die Ursache anbelangt, so nimmt man vielfach an, daß der für Deutschland günstige Ausgang des Krieges gegen Frankreich überpannte Hoffnungen auf die befruchtende Wirkung der von Frankreich zu zahlenden Kriegskontributionen hervorgerufen habe. Ob das richtig ist, bleibe dahingestellt. Die zu jener Zeit erfolgte Beseitigung des Konzeptionszwanges der Aktiengesellschaften mag hierbei insofern von Einfluß gewesen sein, als dadurch viele Gründungen entstanden, die nicht lebensfähig waren. Die Tatsache aber, daß sich die Krise über alle Länder zog, stellt es in Frage, ob wir in dem „Fünftausendjährigen“ den Ausgangspunkt erkennen können. Die Ursachen waren auch hier, wie gewöhnlich, in den wirtschaftlichen Vorgängen mancher Art begründet, die aber nicht mehr bestehen werden bei einem normalen Zustande, wie ihn die Produktionsweise einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat.

Wie die Klagen der Bauarbeiter geprüft werden.

In wiederholten Eingaben an das Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M. hat die Bauarbeiterschulskommission der Frankfurter Bauarbeiterschaft auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen, die sich im Baugewerbe herausgebildet haben. Mit Mißständen und mangelhaften Schutzvorrichtungen bei Abbrüchen, und wie da die gesunden Glieder der Arbeiter aufs Spiel gesetzt werden, beschäftigte sich eine weitere Eingabe vom 13. April 1907. Den Berufsvereinigungen wurden ganz erhebliche Unterlassungssünden nachgewiesen und jeder Fall in ganz spezieller Weise behandelt. Die Baustellen wurden namhaft gemacht, um den zuständigen Stellen eine Nachprüfung zu ermöglichen. Das Polizeipräsidium veranlaßte denn auch, soweit eine Gefährdung der Straßengänger durch fehlende Schutzdächer zu befürchten war, die notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden. Des weiteren wurde unter dem 22. Juni 1907 der Bauarbeiterschulkommission die Nachricht, daß ihre Eingabe zur weiteren Beachtung dem Reichsversicherungsamt übermittelt sei, von dem erst am 23. Januar 1908 Antwort einging.

Es lohnt der Mühe, zu dieser Antwort einiges zu sagen, denn sie stellt ein geradezu klassisches Zeugnis für die sozialpolitischen Ansichten im Reichsversicherungsamt dar.

Zunächst wird mitgeteilt, daß die Tiefbau-, sowie auch die Hesse-Nassauische Baugewerkschaften eine Nachlässigkeit ihrerseits bestritten hätten. Allerdings seien Fälle vorgekommen, daß Abbrüche den Berufsvereinigungen gar nicht gemeldet worden seien. (!) Uebrigens täten aber auch so die Arbeitgeber in bezug auf Bauarbeiterbeschäftigung das möglichste, trotz der damit verbundenen hohen Kosten. Andererseits sei aber zu konstatieren, daß die Arbeiter die für sie errichteten Schutzvorrichtungen nicht beachtet und darum den größten Teil der Unfälle sich selbst zuschreiben hätten. (Offenbar glaubt der Verfasser des Schreibens, daß die Arbeiter aus lauter Vergnügen den Hals brechen.) Es seien übrigens im letzten Jahre n. u. 87 Unfälle bei Abbrüchen gemeldet worden. Außerdem sei für genügende Ueberwachung gesorgt, da in Frankfurt a. M. 6 bis 7 Bauassistenten, 11 städtische Kontrolleure und 2 technische Aufsichtsbearbeiter der Berufsvereinigungen in Tätigkeit seien. Zum Schluß heißt es dann wörtlich: „Das Reichsversicherungsamt hat keinen Grund, die Berichte der Berufsvereinigungen in Zweifel zu ziehen, und hat nach Prüfung der Sachlage (?) nicht die Ueberzeugung gewonnen können, daß in Frankfurt a. M. in bezug auf den Bauarbeiterbeschäftigung „die größten Fahrlässigkeiten begangen werden“, oder „unhaltbare Zustände“ bestehen.“

Das ganze Schriftstück scheint eine schlecht verfaßte Uebersetzung der mit genauen Nachweisen belegten Eingabe der Bauarbeiterschaft zu sein. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, ist aus folgendem zu ersehen. In allerletzter Zeit wurden insgesamt 10 Abbrüche vollzogen. In keinem derselben waren, gemäß den Unfallverhütungsvorschriften, in jeder Etage Schutzdächer angebracht. In einem derselben fehlte sogar ein solches überhaupt, ohne daß auch nur einer der 6 bis 7 Bauassistenten, 11 Baukontrolleure und 2 technischen Aufsichtsbearbeitern am Orte sich zum Einschreiten bemüht hätte. Ein tödlicher Unfall war die Folge der Schlampe.

Was übrigens die Kontrolle der beiden Angestellten der Hesse-Nassauischen Baugewerkschaften anbelangt, so wurden von 511½ Revisionsstunden der Sektion I 170 auf Kontrolle der 3955 Betriebe der Sektion verwendet. Allerdings ist vor solcher Kontrolle und vor dem Glauben des Reichsversicherungsamtes, welches annimmt, natürlich nach „genauer Prüfung der Sachlage“, daß alles in besserer Ordnung ist.

Daß die Bauarbeiterschulkommission alle Mißstände genau angibt, stößt das Reichsversicherungsamt nicht im mindesten an; es hat keinen Grund, die Berichte der Berufsvereinigungen in Zweifel zu ziehen, Berichte, die einfach alle Mißstände abstreifen, ohne sich die Mühe der Beweisführung zu machen.

Das stärkste Stille in dem Schreiben ist unrichtig die Behauptung, daß die Arbeiter an den meisten Unfällen selber die Schuld tragen. Was von dieser leichtfertigen Bemerkung zu halten ist, könnte das Reichsversicherungsamt selbst wissen, wenn es die Unfallstatistik der Hesse-Nassauischen Baugewerkschaft vom Jahre 1906 zur Hand nehmen wollte. Von 225 gemeldeten Unfällen der Sektion I (Frankfurt a. M.) sind nach Angaben der Berufsvereinigungen ganze 16 auf Leichtsinns- und Handeln gegen Schutzvorschriften zurückzuführen. Das gleiche Verhältnis zeigt sich im ganzen Gebiet der Berufsvereinigungen, in dem von 678 Unfällen nur 50 aus obigen Ursachen herrühren. Angesichts solcher Zahlen ist es geradezu eine Ungelegenheit, derartige allgemeine, der Wahrheit stets zuwiderlaufende Verdächtigungen auszusprechen. Kein Zweifel! Nach dem oben Dargelegten bestehen „unhaltbare Zustände“ nicht bloß im Bauarbeiterbeschäftigung, sondern auch an ganz andern Stellen.

Mißstände werden gemeldet und mit genauen Angaben versehen; das Reichsversicherungsamt läßt sich ausgerechnet von den Berufsvereinigungen, die angeklagt werden, ein Gutachten schreiben und hat dann keine Zweifel mehr, alles ist in besserer Ordnung. Man müßte lachen, wenn es nicht gar zu traurig wäre. Dem Reichsversicherungsamt ist eine entsprechende Antwort geworden, und man darf gespannt sein, was darauf erwidert werden wird. Der ganze Vorgang ist eine treffliche Illustration zu der Frage, wie das Reichsversicherungsamt seine Aufgabe, die Tätigkeit der Berufsvereinigungen zu überwachen, auffaßt.

In Frankfurt bestehen auch tieftraurige Zustände bezüglich der Bundesratsverordnung für die Sandsteinarbeiter. Auch da wird in Zukunft die Bauarbeiterschulkommission ganz energisch vorgehen müssen.

Bericht von der Konferenz des 10. und 11. Gau.

Am 26. Januar traten in Nürnberg im Gewerkschaftshaus zum historischen Hof die Delegierten des 10. und 11. Gau zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen, welche auch noch den 27. Januar in Anspruch nahm. Erschienen waren 38 Delegierte, die insgesamt 55 Baustellen mit 2320 Mitgliedern vertreten. Außer den beiden Gauleitern Mittenmeier und Link und dem Zentralvorstand Kollege Staudinger, waren noch Gauleiter Seuß-Schwarzenbach und Kollege Sebastian Sauer als Gäste anwesend. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Kürzinger-Regensburg gewählt.

Nach einer kurzen Begrüßung erhielt Kollege Mittenmeier zu seinem Tätigkeitsbericht das Wort. Eingangs führt er an, daß er die traurige Tatsache konstatieren müsse, daß anlässlich des Streiks im Muschelstallgebiet nochmals 27 Monate Gefängnis für einige Kollegen verhängt wurden. Er geißelt in seinem Rechenschaftsbericht die Hauptrolle der Kollegen, die es ihm zur Unmöglichkeit gemacht habe, daß der Bericht im Druck vorliege. Die geographische Lage des Gau sei eine unglückliche. 280–350 Kilometer habe er bis zu den entferntesten gelegenen Baustellen. Im Wöhrerwald ist man dann noch gezwungen, stundenlange Strecken auf Schusters Rappen zurückzulegen, bis man an einen Ort kommt. Der noch vorherrschende Ortspartikularismus trägt auch nicht wenig dazu bei, daß unsere Arbeit erschwert wird. Zudem hat den ganzen Sommer und auch noch gegenwärtig eine so schlechte Konjunktur geherrscht, wie dies schon seit einem Menschenalter nicht mehr der Fall war. Im Gau bestehen nunmehr 44 Baustellen, davon 25 das erste Mal, die übrigen 19 das zweite-, dritte- und viertemal. Nur 20 Baustellen sind vorhanden, die aus einem Orte bestehen. Davon gehen 16 stabil vorwärts, 12 stabil rückwärts und 16 nicht vor- und nicht rückwärts. Prozentual organisiert sind erst 25 Proz. Beschäftigt sind in 44 Baustellen 5894 Mann, davon im Verbande 1672. Monatsversammlungen finden regelmäßig in 32–34 Baustellen statt; auch die übrigen Baustellen sollten dem nachkommen. Möglichkeiten zum Abhalten von Versammlungen gibt es immer, das hat uns die Zeit des Sozialistengesetzes gezeigt. An 5 Orten sind Diskussionsabende zu verzeichnen. Als mangelhaft muß er es bezeichnen, daß die herausgegebenen Broschüren in vielen Fällen nicht gelesen werden. Im Gau sind nur sechs Gewerkschaftsstarke vorhanden. Bei Rechtsprechung über Lohnverhältnisse bestehen nur an 10 Orten Gewerbegerichte. Von

den 1672 organisierten Kollegen haben 835 eine eigene Scholle. Aber davon hat ein großer Teil recht viele Schulden und Hypotheken darauf. Es ist hierbei zu bemerken, daß es meistens Unternehmern- und Kirchengelber sind, die auf den Anwesen stehen. Die Bundesratsverordnung wird im ganzen Gau nur oberflächlich durchgeführt. Er führt dazu verschiedene Beispiele an, u. a. war auch der Stadtmagistrat Bamberg der Meinung, daß, wenn einer einen oder zwei Tage Blau mache, dann kann er dieses doch ganz gut die andern Tage hereinholen, die Hauptsache sei doch, daß in der Woche nicht mehr als 54 Stunden herauskommen. Im Berichtsjahre sind 37 Kollegen gestorben, davon 31 an Lungen- und zwei an Kehlkopfschwindfucht, die übrigen an sonstigen Krankheiten. Anmeldungen zu Lohnbewegungen pflegen in den meisten Fällen recht unpünktlich zu erfolgen in Form von nichtssagenden Telegrammen. Diese sollten hauptsächlich vermieden werden und dafür mehr ausführliche Briefe einlaufen, damit er sich von vornherein ein Bild machen könnte, ob sein sofortiges Erscheinen dringend notwendig sei. Im verflorenen Jahr haben im 11. Gau 16 Lohnbewegungen stattgefunden, wovon 2 zum Streit führten. In 89 Versammlungen haben Verträge durch ihr stattgefunden. Weiter machten sich 6 größere Distriktsversammlungen notwendig. Vorstands- und Streiksituationen waren es 25. Aus dem gegebenen Kassenbericht ist ersichtlich, daß an Einnahmen 4346.74 Mk., an Ausgaben 3740.76 Mk. zu verzeichnen sind. Es bleibt mithin ein Jahreskassenbestand von 605.98 Mk. Die Einnahmen der Gaukasse betragen 1526.12 Mk.; demgegenüber stehen Ausgaben von 401.04 Mk.; verbleibt als Kassenbestand 1125.08 Mk. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen.

Es wird beschlossen, bevor in eine Diskussion eingetreten wird, den Bericht vom 10. Gau entgegenzunehmen und erhält hierzu Gauleiter Link-München das Wort. Link macht eingangs seiner Ausführungen darauf aufmerksam, daß der 10. Gau klein ist und folgedessen auch sein Bericht kürzer sei. Bei der im vorigen Jahre in Plattling stattgefundenen Konferenz wurde beschlossen, die Zahlstellen Litzling und Buchberg an den 11. Gau abzutreten. Heute sind dem Gau 9 Zahlstellen einverleibt mit zusammen 647 Mitgliedern. In Bruchmühl ist ein gutes Zusammenarbeiten zu konstatieren. Die Zahlstellen Nordendorf und Wiberach wurden im Berichtsjahre errichtet. Bad Aibling ist das Schmerzenskind des 10. Gau's. In Ruppolding sind 40 Steinarbeiter beschäftigt, wovon 39 organisiert sind. Ulm und München sind auch alte Zahlstellen. In ersterer sind 47 organisierte Kollegen vorhanden. Der Tarif, welcher 1905 in München abgeschlossen wurde, ist von unserer Seite, nachdem von den Unternehmern eine Kündigung nicht erfolgte, gekündigt worden. Bei einzelnen Steinorten wollte man den Tarif umgehen. Nachdem sich die Kollegen das nicht bieten ließen, sind 25 Mann auf die Straße gezogen. Nach zwei Monaten wurde dann die Arbeit im Tagelohn gemacht und zwar bedeutend billiger, als wie nach Tarif. Es wird jetzt fast durchweg im Stundenlohn gearbeitet. Die Ausgaben für Agitation belaufen sich auf 444.02 Mk. Die Agitation im Gau läßt sich auch noch zu wünschen übrig, was nicht seine Schuld sei. An Briefen usw. sind 390 Einläufe und 300 Ausläufe zu verzeichnen. Die Gausteuer hat sich gut bewährt. Im großen Ganzen könne er sich mit seinen Zahlstellen zufrieden erklären. Auch er richtet den Appell an die einzelnen Vertreter, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß jedes einzelne Mitglied seine Schuldigkeit dem Verbande gegenüber auf das gewissenhafteste erfülle, dadurch werden den Gauleitern ihre Arbeiten bedeutend erleichtert, damit schließt er. Auch dieser Bericht wird mit Beifall aufgenommen.

Es wird sodann in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagsfikung.

Link bringt noch als Nachtrag zu seinem Jahresbericht vor, daß der Procentsatz betreffs politischer Organisation gerade in diesem Gau als ein günstiger zu bezeichnen sei.

Von einigen Anwesenden wird die Verbandsleitung scharf kritisiert. Staudinger vermahnt sich gegen verschiedentliche Vorwürfe dem Zentralvorstande gegenüber. Mehreren Kollegen setzen die Briefe aus dem Verbandsbureau zu dem abgesetzt, auch er wolle nicht jede Zeile verteidigen, aber die Kritiker müßten wissen, in welcher unerhörten Weise auch die Kollegen anzureden verstehen. Den süddeutschen Kollegen gegenüber ist die Verbandsleitung überall bereitwillig entgegengekommen. Alle Wünsche können aber aus finanziellen Gründen keine Berücksichtigung finden.

Den beiden Gauleitern wurde nun Decharge erteilt. Zum 2. Punkt: Organisation, äußert sich der Referent Mittenmeier dahingehend, daß sich die Frage der Organisation für Gaukonferenzen viel besser eigne als für Verbandstage, das heißt, für die inneren Verhältnisse der Organisation. Er habe die Anregung gemacht, die Hauptbücher mitzubringen, damit auf eventuelle Fehler aufmerksam gemacht werden kann. Wie die Buchführung im ganzen sein muß, darüber macht er genaue, verständliche Ausführungen. Auch sollte man sich in Versammlungen mehr mit Statutenberatungen abgeben, es könne dann nicht vorkommen, daß Anträge gestellt werden, die beweisen, daß die antragstellende Zahlstelle die Statuten gar nicht kennt. Von der Zentralleitung sollten gedruckte Formulare erhältlich sein zum Zweck der Vereinfachung der Anmeldung, es blieben dadurch viele Scherereien erspart. Auf richtige Durchführung der Bundesratsverordnung muß überall ein Hauptaugenmerk gerichtet werden. Wo Verfehlungen gegen dieselbe vorkommen, ist mit aller Macht darauf zu dringen, daß von amtlicher Seite der Platz gesperrt wird. Wenn überall in diesem Sinne gehandelt wird, werden wir ein gutes Stück vorwärts kommen.

Es wird nun der Wunsch vorgebracht, daß die Erwerbslosenmarken von der Reiseunterstützung in Abzug gebracht werden, damit eine genauere Uebersicht vorhanden ist.

Ein weiterer Redner will, daß Kontrollkarten im ganzen Gau zur Einführung gelangen. Auch hierzu sind die Meinungen verschieden, doch wird mit Majorität beschlossen, Kontrollkarten an sämtliche Zahlstellen herauszugeben.

Zweiter Verhandlungstag.

Zum 3. Punkt: Agitation, referiert Link. Er führt aus: Seit 1903 ist ein allmähliches Steigen der Mitgliederzahl in unserm Verbands zu verzeichnen. Von 7675 Mitgliedern im Jahre 1904 ist der Verband auf ungefähr 20 000 bis Anfang dieses Jahres gestiegen. Manche glauben zwar, daß, wenn eine Extrasteuer oder Sonstiges kommt, sie können es nicht erschwigen, aber bei einigermaßen gutem Willen gehe es schon; habe man doch zu vier auch immer Geld. Zur Agitation gibt es verschiedene Mittel: Vorträge und Ausführungen über Unfall-, Kranken- und die sämtlichen auf diesem Gebiete einschneidenden Fragen zur Arbeiterversicherung. Auch die Statistik streift er; oftmals würden die Karten geradezu miserabel ausgefüllt. Es muß den Kollegen klargestellt werden, daß auch in puncto Statistik in Zukunft jeder seine Schuldigkeit tut. Der Beruf der Hartsteinarbeiter ist auch gesundheitsschädlich nach Ergebnissen von Untersuchungen, die ein holländischer Arzt in dieser Branche angefertigt hat. Was bei den Sandsteinarbeitern der Staub mehr ausmacht, bringt hier die physische Anstrengung fertig. Arbeitszeitverkürzung ist insolge dessen auch für diese Leute eine Notwendigkeit. Allerdings sind dieselben immer noch der Meinung, sie müßten eine längere Arbeitszeit haben, damit sie mehr verdienen. Den Gewerbeinspektoren sollten seitens der Arbeiterschaft Leute zur Verfügung gestellt werden, die Verständnis für derartige praktische Fragen haben. Redner ist für Zusammenberufung der drei bayerischen Gawe. Das Reichsvereinsgesetz, das zur Annahme gelangen soll usw., alles dieses sollte zu bedenken

geben. Von gegnerischer Seite wird alles aufgeboten, um einen Stein in den Garten zu werfen. Mit Flugblättern muß mehr wie bisher der Agitation nachgeholfen werden. Zum Schluß wünscht er noch, daß auch die eine Zahlstelle in seinem Gau, die bis heute noch nicht in die 1. Beitragsklasse zählt, dieses nachholen möchte. (Beifall.)

Hiernach nimmt Mittenmeier das Wort und begründet, warum Nürnberg als Gau für ganz Bayern in Betracht zu ziehen sei. Allerdings müßte dann noch ein zweiter Gauleiter angestellt werden. Nürnberg sei Zentralpunkt. Alle Steinbruchgebiete könnten von da aus sehr leicht erreicht werden.

Die Debatte hierzu ist recht lebhaft. Einige Redner halten daran fest, daß Würzburg als Vorort bleibe, denn es käme da das ganze Mainlandsteingebiet in Frage. Wieder andre Redner plädieren für Nürnberg.

Staudinger schildert den Aufschwung der Steinindustrie in Bayern und vergleicht damit den schlechten Stand der Organisation. Der Münchner Gau sei aufzulösen, ob die drei bayerischen Gawe zu einem oder zwei vereinigt würden, könne er jetzt noch nicht behaupten. Der Zentralvorstand wird sich demnächst eingehend mit dieser Materie beschäftigen. Aber sicherlich käme für Bayern ein zweiter beförderter Gauleiter sehr ernstlich in Frage.

Mit diesen Ausführungen gab sich die Konferenz zufrieden; das Weitere hierzu kann auf dem Verbandstage in Kassel gesprochen werden. Der Vorstandsvertreter bemerkt dann noch, daß er nunmehr sämtliche Kassenbücher einer Revision unterworfen habe, und er müsse konstatieren, daß dieselben, mit Ausnahme einiger Kleinigkeiten, sich in guter Ordnung befinden.

Gauleiter Seuch begnügt sich damit, daß für Bayern ein zweiter Gauleiter angestellt werden soll; wozu der Sitz verlegt wird, spielt für ihn keine Rolle, wenn nur das Interesse der Allgemeinheit gewahrt ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Mittenmeier und noch einige Kollegen kritisieren das Verhalten des Zentralvorstandes anlässlich des im Müschelfallgebiete stattgefundenen Streiks aufs schärfste.

Staudinger nimmt den Zentralvorstand in Schutz. Anknüpfend hieran schildert St. die tatsächlichen Maßnahmen, die bei jedem Streik berücksichtigt werden müssen. Reist sei es so, daß die Lattit zu wenig in Kommissionen festgelegt wurde; jede Einzelheit trame man bei uns in öffentlichen Versammlungen aus. Tun dies vielleicht die Unternehmer? Redner legt mit Zahlen dar, welche große Erfolge im allgemeinen unser Verband bei den verflorenen Streiks aufweisen kann. Für den Erfolg bei jeder Lohnbewegung könne natürlich niemand bürgen.

Mittenmeier setzt sein Hauptaugenmerk auf rechtzeitige, gewissenhafte Anmeldung beim Zentral- oder Gauvorstand. Der Tarif muß schon vorher bereits ausgearbeitet und fertig vorliegen, damit die Zentralleitung einen Ueberblick bekommt und schon von vornherein weiß, was zu hoffen und zu erwarten ist.

Es machen noch etliche Kollegen Ausführungen, die sich mit dem Gehörten einverstanden erklären.

Nach einem kräftigen Schlußwort der beiden Gauleiter, in dem darauf hingewiesen wird, daß derartige gemeinsame Konferenzen öfters stattfinden sollten, damit man mehr Führung erhalte, wird die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Der Schriftführer: Aug. Frank.

Zur Erwerbslosenunterstützung.

In Kollegentreisen kann man jetzt oftmals hören: „Was wird uns wohl der Kasseler Verbandstag für Verbesserungen bringen? Hierbei könnte man sagen, alle hat ein freudiges Sehnen erfasst, weil wir so schön Fortschritte aufweisen können. Alle Einrichtungen werden eingehend besprochen, doch was wird verbessert werden? Ja, werden die meisten sagen, verbesserungsbedürftig ist sehr viel, doch was soll zuerst an die Reihe kommen? Ueber die Reiseunterstützung wird wenig gesprochen werden können. In Nürnberg wurde ja eine nicht unwesentliche Erhöhung derselben beschlossen. Anders schon steht es mit der Arbeitslosenunterstützung. Dieses Thema scheint jetzt eingehender als früher in den Spalten unseres Fachblattes erörtert zu werden.

Auch die Steinarbeiter müssen einmal ganze Arbeit leisten und endgültig diesen Unterstützungsweig einführen. Hier gilt kein Zaudern und kein Bögen mehr. Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in der Steinindustrie überhand, je eher dieser Unterstützungsweig eingeführt wird, desto besser —

Warum werden wir zu diesem Schritt veranlaßt?

Man kann beobachten, daß die Steinarbeiter sich in Zeiten ungünstigen Geschäftsganges zu allen möglichen Preisen zur Arbeit anbieten, um ihr Dasein zu frieren. Dadurch bekommt der Unternehmer seine Arbeit billiger oder auf Vorrat hergestellt, was jedenfalls kein Vorteil für uns ist. Dieses trifft besonders in den Steinbrüchen und Grabsteingeschäften zu. Dieser Zustand wird noch verschlimmert durch die reisenden Kollegen. Sobald in einem Ort die Arbeit zu Ende ist, geht es zur Bahn, um anderweitig Arbeit zu suchen. Der Betreffende ist vielleicht kräftig und wird, da man in ihm ein willenloses Werkzeug erblickt, eingestellt, damit ein Mißliebiger oder Anfänger einlassen werden kann. Dieses kann man hauptsächlich in Orten, in denen nach Tarif gearbeitet wird, deutlich bemerken, hofft man doch den nicht Tarifkundigen besser hintergehen zu können.

Ich nehme also an, wir legen Reise- und Krankenunterstützung zusammen, erweitern beide und schaffen die Erwerbslosenunterstützung. Leider mangelt es mir an neuem statistischen Material, um festzustellen, wie groß die Arbeitslosigkeit ist und welche Geldsumme nötig ist zur Durchführung dieses Unternehmens. Jedes Mitglied bezahlt jetzt schon 10 Pfg. pro Woche zur Krankenunterstützung. Diesen Betrag erhöhe ich noch um 5 Pfg., und das übrige soll von den 20 Prozent, welche am Orte bleiben, mit verwendet werden, so daß 20 Pfg. zur Verfügung stehen. Es ist ja nicht unbedingt notwendig, daß in den einzelnen Zahlstellen Gelder aufgespeichert werden. Diese genannten 20 Pfg. ergeben bei 18 000 Mitgliedern pro Jahr 187 200 Mark. Ich rechne die Beiträge auf 52 Wochen im Jahre. Dazu die jetzt aufgewendeten 15 000 Mk. für Reiseunterstützung, dann sind rund 200 000 Mark für den gedachten Zweck vorhanden. Mit dieser Summe sind wir imstande, 4150 Erwerbslose 6 Wochen lang zu unterstützen. Die Unterstützung setze ich auf 8 Mk. pro Woche an. Die Unterstützungsberechtigung beginnt, nachdem ein Jahr lang das Geld zu einem Reservefonds gesammelt ist. Die Beitragserhöhung zu bestreiten, wird wohl jeder in der Lage sein. Ich verkenne durchaus nicht, daß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung bei uns auch mit Schwierigkeiten verknüpft ist. Die eiserne Notwendigkeit aber zwingt uns zu diesem Schritt. Von der Arbeitslosigkeit wird in unserm Beruf fast niemand verschont. Mit gewichtigen Argumenten kann diese Unterstützung nicht bekämpft werden, das hat sehr zutreffend Kollege Hansche-Berlin in der Nummer 5 auseinandergesetzt.

A. B.

Korrespondenzen

Chemnitz. Am 28. Januar abgehaltene Versammlung beschloß sich am 1. Punkt mit der Vierteljahrsabrechnung. Selbige wurde vom Kassierer Reichold verlesen. Erwähnt sei hierbei, daß ein ziemliches Defizit entstanden ist, bedingt durch einen ansehnlichen Krankenzuzug an zwei Kollegen. Kollege Wunderlich wurde mit einer ansehnlichen Stimmenmehrheit als Kandidat zum Verbandstage aufgestellt. Die Wahl wird auf den Werkplätzen vorangetragen. Dann wurde ge-

winnt, daß der Vertrauensmann ein Referat über die gestellten Anträge ausarbeitet und in nächster Versammlung darüber berichtet. Die Anwesenden wurden noch von seiten des Kassierers auf einige schlechte Zahlen aufmerksam gemacht. Dies betrifft: Hermann Grütner, Julius Lafons, August Schnob und Emil Hoffmann. Der eventuelle Ausschluß der zwei letztgenannten wurde nicht aufgehoben, da selbige noch in letzter Stunde einen ziemlich Betrag durch die Post abgeschickt hatten. Weiter wurde erwähnt, daß der dritte Nachtrag zum Tarif zur Geltung komme und am nächsten Zahlabend gleichzeitig mit den Kontrollkarten zur Abholung bereit liege.

Floß. Kürzlich machten wir an dieser Stelle darauf aufmerksam, in welcher liebevoller Weise uns die hiesige Geistlichkeit „unterstützt“. (!) Dieser Artikel wurde von der Floßer Zeitung, einem Blättchen, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, benutzt, um gegen die hiesigen Steinarbeiter Schmutz zu werfen. Als die Kollegen genanntem Blättchen eine Erwiderung sandten, war die Redaktion von der wahrheitsgemäßen Darstellung des wirklichen Sachverhalts so betroffen, daß die Zuschrift abgelehnt wurde. Dieses Gebaren grenzt so ziemlich an Freigebit. Das Blättchen schrieb vom Blaumachen. Nun, unsere Organisation bekämpft diese Unsitte energisch; wir fragen aber: Warum haben das die Geistlichen bisher nicht ausgezollt? Wir möchten hierher das Sprichwort setzen: „Es ist auch dem recht wohlgeemut, der das ganze Jahr nichts tut.“ Das Blättchen gibt nun zu, die Geistlichen hätten die hiesige Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes gründen helfen. Dies Eingeständnis ist nett. Wir Steinarbeiter können aber nicht begreifen, daß diese Arbeitsleistung auch zur Theologie gehört!

Ueber das eine freuen wir uns: Die unqualifizierten Anrumpelungen der Floßer Zeitung haben das Einigkeitsgefühl der hiesigen Kollegenschaft sehr gefördert. Auf eine Zerplitterung war das ganze Geschickel gestimmt. Da aber unsere Kollegen mehr Einsicht in beruflichen Dingen besitzen als der Herr „Journalist“ in der Redaktionsstube der Floßer Zeitung, so sind die uns noch fernstehenden Kollegen beinahe bis zum letzten Mann dem „††† Steinarbeiterverband“ beigetreten. „Wer zuerst lacht, lacht am besten.“

Hodenau. In der hier am 26. Januar stattgefundenen Distriktsversammlung gab zunächst Distriktsleiter Jahrmarkt einen Ueberblick über das verflorenen Jahr. Bei der Lohnbewegung im Frühjahr 1907 erzielten die Steinarbeiter eine Lohn-erhöhung von 13 Proz. auf den bestehenden Tarif. Ist dieses Resultat für die Gesellen noch lange nicht zufriedenstellend, so scheint es aber den Meistern schon viel zu viel zu sein, was sie bewilligt hatten. Die Herren Werkmeister und Poliere nehmen es denn auch nicht so genau und legen den Tarif einfach nach ihrem Belieben aus. So sind wir auch das ganze Jahr aus den Tarifstreitigkeiten nicht herausgekommen. Es sind denn auch kürzere Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Bezüglich Anfertigung von Stücken mit Spaltfläche, was schon immer unser krankes Kind war, wurde von seiten der Tarifkommission versucht, mit den Meistern eine Einigung zu erzielen. Der gute Wille scheiterte aber an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, und so beschlossen die Kollegen, solche Stücke nur noch im Tagelohn anzufertigen. Es wurde die Arbeit dann auch im Tagelohn gemacht. Bei Eintritt des Winters wurde den Gesellen angeboten, die Spaltquader wieder im Afford zu machen. Dies Anerbieten wurde aber unerwartet glatt zurückgewiesen, was zur Folge hatte, daß die Gesellen einige Tage spazieren geschickt wurden, und — die Arbeiten wurden dann doch im Tagelohn gemacht. Es ging mit einmal wieder. Wegen Nichtbezahlen nach Tarif sind sieben Klagen bei den Gerichten erhoben worden; drei sind zu unsern Gunsten, zwei zumunsten entschieden, zwei sind noch unerledigt. In Al-Barthau sahen sich die Kollegen durch das rabiate Auftreten eines Poliers gezwungen, die Arbeit niederzulegen, und ist erzielt worden, daß die Kollegen mit diesem Herrn jetzt nichts mehr zu tun haben. In Bezug auf die Bundesratsverordnung ist zu konstatieren, daß sich die Verhältnisse bedeutend gebessert haben. Dies ist aber nur dem emmühtigen, strengen Vorgehen der Kollegenschaft zu danken. Andere Zahlstellen sollten das gleiche tun. Im Laufe des Jahres fanden fünf Distriktsversammlungen für Steinarbeiter, zwei für Frecher statt. Hierauf gibt Jahrmarkt den Kassenbericht und wird ihm Decharge erteilt. Da unser Tarif am 1. März abläuft, wird über eine eventuelle Kündigung debattiert. Die Kommission schlägt Kündigung vor, und fast sämtliche Redner sind derselben Meinung, mit der Maßgabe, daß einheitlicher Tagelohn verlangt werden soll. In bezug auf den Verbandsstag wird die Wahlkreisteilung sehr bemängelt. Der Bunzlauer Sandsteindistrikt ist groß genug (?), um für sich zwei Delegierte zu entsenden, ohne Görlitz und Königshain, umso mehr, da letztere Zahlstellen Hartsteinarbeiter betreffen und zum 3. Gau gehören. Anträge zu stellen, wird den Zahlstellen überlassen. Es wird noch beschlossen, die Distriktsversammlungen durch Delegiertenversammlungen zu ersetzen, und sollen auf je 10 Mann ein Delegierter gewählt werden. Besonders wichtige Anträge sollen jedoch durch Urabstimmung erledigt werden. Anträge auf Urabstimmung, außer von der Delegiertenversammlung, müssen mindestens 20 Unterschriften haben.

(Anmerkung der Redaktion. Bereits in der Versammlung zu Bunzlau am 7. Januar hat man die Wahlkreisteilung scharf kritisiert. Die Redaktion stellte in Nr. 4 des Steinarbeiters die Unrichtigkeit dieser Behauptung fest. Unsere Argumente waren der Distriktsversammlung bekannt, denn die Kollegen waren bei Tagung derselben schon längst im Besitz der Nummer 4. Aber trotzdem wird wieder der alte Vorwurf erhoben. Wie deplaziert die entschafte Kritik ist, mag folgende Zusammenstellung, die mit den Abrechnungen des 3. Quartals genau übereinstimmt, ergeben. Die Zahlstellen haben folgende Stärke: 4. Wahlkreis: Al-Barthau I 92 Mitglieder, Al-Barthau II 61, Bunzlau 105, Deutmannsdorf 36, Hartmannsdorf 7, zusammen 294 Mitglieder. — 5. Wahlkreis: Hodenau 51 Mitglieder, Plagwitz-Röwenberg 66, Weng-Radwitz 118, *Rauban 10, *Görlitz 30, *Königshain 30, zusammen 305 Mitglieder.

Die Wahlkreisteilung ist mit großer Genauigkeit vorgenommen, und die Mitglieder sind zu ihrem vollen Recht gekommen. Im Statut, § 6 unter c, heißt es: „Die Einteilung der Wahlkreise regelt der Zentralvorstand und ist so vorzunehmen, daß auf 300 Mitglieder ein Delegierter kommt.“ Die Zahlstellen Hodenau-Plagwitz-Röwenberg, Weng-Radwitz zählen zusammen 235 Mitglieder. In den drei Granitzahlstellen, die mit einem Stern versehen sind, zählen wir 70 Mitglieder, und da behauptet man, die Wahlkreisteilung sei ungleich. Leider vielleicht das Ehrgefühl der Sandsteinarbeiter, wenn sie mit Granitarbeitern in einem Wahlkreis zu wählen haben? Derartige Kritiken tragen nur bei, eine gewisse, natürlich nur künstlich erzeugte Spannung zwischen Sandstein- und Granitarbeitern herbeizuführen, die nicht im Interesse des Verbands liegt. Wo solche Annahmen auftreten, werden wir diese jeberzeit schärfstens zurückweisen.

Dachsenbach. Leider war unsere Versammlung am 25. Jan. recht schlecht besucht. Gauleiter Braun hielt ein Referat. Die Vorstandswahl verlief recht beschämend. Der alte Vorstand demissionierte mit der Begründung, es könnten nun andre Kollegen die Verwaltungsarbeiten in Zukunft übernehmen. Die meisten, die vorgeschlagen waren, lehnten ab. Gründe von Ueberzeugung hatten sie natürlich nicht. Kollege Braun rügte mit scharfen Worten den sehr bedauerlichen Vorgang. Nun wurde als Vorsitzender gewählt Kollege Müller und als Kassierer Kollege Gustav Arnold. Wir hoffen, daß in Zukunft unsere Zahlstelle trotzdem erheblich an Mitgliedern zunehmen wird. Mit den Ergebnissen der Gaukonferenz in Karlsruhe erklärte sich die Versammlung einverstanden. Öffentlich wird in Zukunft der Versammlungsbesuch ein besserer werden.